

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Kellereizeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhoff 292 bis 297

Festtage der Republik

Demokratie gegen Trustherrschaft — Verfassungsfeiern im Reichstag Stadion und in der Stadt

Berlin im Flaggenhimmel.

Schon am frühen Morgen hatte sich Berlin heute sein Festkleid angelegt. Von allen Regierungsgebäuden flatterte das Schwarzrotgold der Republik, das Schwarzweiß des Freistaates Preußen oder das Rotweißrot mit dem Berliner Bär. Seinen besonderen Charakter trug wieder das Viertel um die Wilhelmstraße. Da sah man die Tricolore, die Sowjetfahne, den Union Jack, den polnischen Adler und alle die anderen Vertretungen. Wie alljährlich hatte die BVG. ihre Fahrzeuge und ihre Bahnhöfe mit den Farben des Reiches und der Stadt geschmückt. Sehr bald vermehrte sich auch die Zahl der besetzten Privathäuser. Die Republik hat ihren Feiertag!

Die Reichstagsfeier

Wirths Rede: Interessenverbände gegen bürgerliche Jugend

Der Sitzungssaal des Reichstags war für die heute mittag stattfindende Verfassungsfeier der Reichsregierung in den Reichsfarben und mit dem Wappen des Deutschen Reiches, dem Adler, ausgeschmückt. Zu beiden Seiten des Präsidentensitzes wird der Reichsadler von der Prämisse der Reichsverfassung eingerahmt. Neben dem Präsidentensitz hängt die alte schwarzrotgoldene Fahne, die bei dem Hambacher Fest am 27. Mai 1832 von den deutschen Burschenschaften mitgeführt wurde.

In der Diplomatengalerie war das diplomatische Korps unter Führung des Nuntius Orsenigo erschienen. Auf den Ministertribünen saßen außer den Mitgliedern der Reichsregierung die Mitglieder der preussischen Regierung unter Führung des Ministerpräsidenten Otto Braun. Von den Abgeordneten des aufgelösten Reichstags sah man in dem überfüllten Plenarsaal nur wenige, dagegen viele preussische Landtagsabgeordnete.

Eine halbe Stunde vor Beginn des Festakts sind der Saal und die Tribünen bereits gefüllt. Punkt 12 Uhr betrat Reichspräsident v. Hindenburg, begleitet vom Reichstagspräsidenten Löbe und vom Reichswehrminister Groener, die Präsidentengalerie, während sich alle Anwesenden erhoben. Zu Beginn der Feier sang der Staats- und Domchor das Lied „Flamme empor“ zum Gedenten an die Rheinlandbefreiung.

Dann hielt

Reichsinnenminister Dr. Wirth

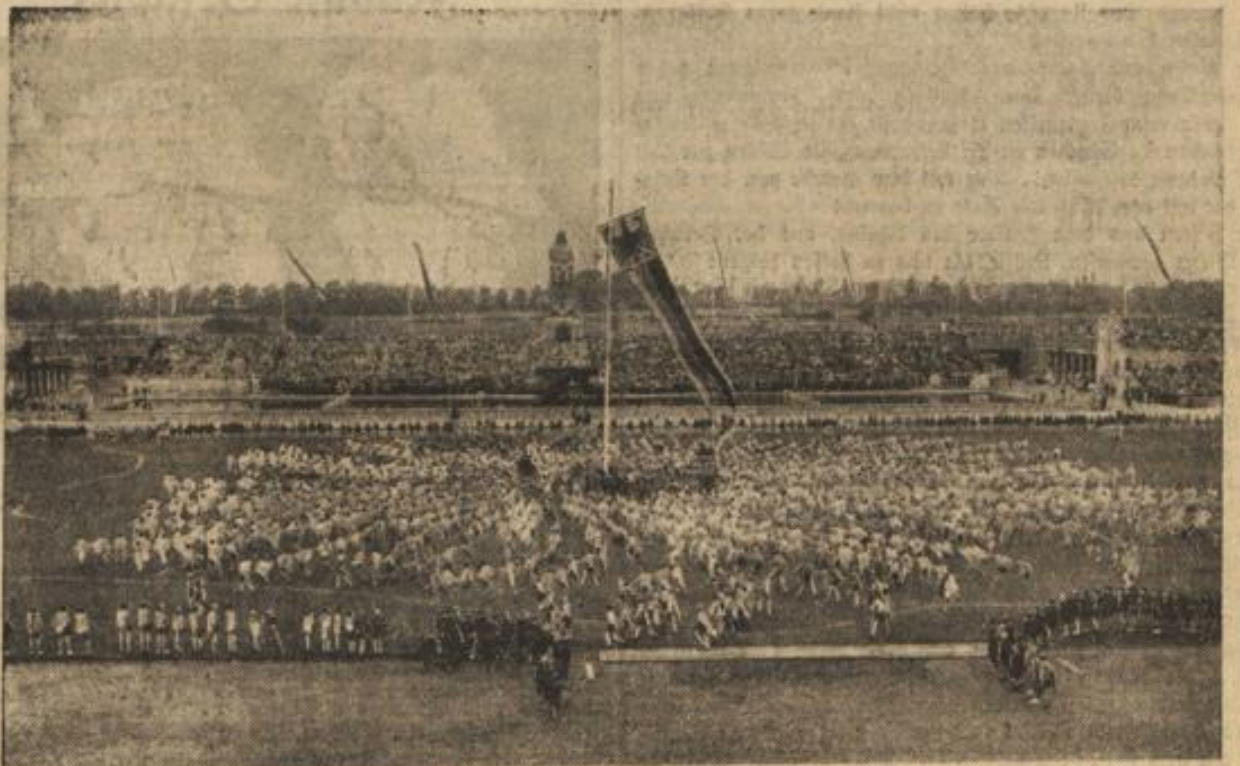
seine Festrede über Parlamentarismus und Demokratie und wandte sich dabei an die bürgerlichen Parteien der Mitte und an ihren radikalsten Nachwuchs.

Das deutsche Volk, führte er aus, kann eine andere Staatsverfassung als die demokratische nicht ertragen. Der politische Freiheits- und Selbstverwaltungswille ist besonders ausgeprägt. Der weitgehende Individualismus, der die Form des Interessensnegotiums, der Vereinsmeierei und Sonderbündelei annimmt, hat viel Zwietracht verschuldet. Deutschland ist innerlich zerrissen wie kaum ein anderes Land. Deshalb ist es schwierig, die Einheitlichkeit und

Die Geschlossenheit des regierenden Volkswillens

zu erreichen. Auch in der parlamentarischen Demokratie ist die Einheitlichkeit des Willens das Lebenselement der politischen Führung. „Wenn wir in den letzten Jahren in Europa so vielfach den Uebergang demokratischer Regierungsformen in solche diktatorischer Art erlebten, so können wir überall als einen der wichtigsten Gründe eine Mangelhaftigkeit der politischen Willensbildung feststellen, eine Unfähigkeit vieler Parlamente, eine in sich einheitliche und politische Führung sicherzustellen.“ Die (in den bürgerlichen Parteien) begonnene Gärung und Zerfegung ist ein Hinweis dafür, daß sich unsere Demokratie ein eigenes Parteiensystem zu bilden beginnt, das feste Regierungsmajoritäten ermöglichen soll. Das deutsche Volk hat sich in seiner Gesamtheit von Jahr zu Jahr tiefer in seine neue Staatsform hineingelegt, es ist von Jahr zu Jahr republikanischer geworden, und so sichtbar werden die staatlichen Funktionsschwierigkeiten, wir leiden noch daran, daß die politischen Parteien früher keine unmittelbare Verantwortung für den Staat zu tragen hatten. Jeder Wähler und jede Partei trat und tritt mit dem Bewußtsein an den Staat heran, dem eigenen Kulturkreis in erster Linie verpflichtet zu sein. Daher greift die Demokratie in unser überkommenes Parteiensystem tief aufwühlend hinein. Wirth führte dann, zu der bürgerlichen Jugend gewendet aus,

7000 Kinder im Stadion



Die Kinder, die die Ströme und Städte darstellen, in Sternform um das Banner der Republik

daß gegenläufige Interessentengruppen keinen einheitlichen und dauerhaften politischen Willen zu den bürgerlichen Parteien zustande kommen lassen. Ihnen gegenüber kann sich der politische Mensch (im Bürgertum) noch nicht durchsetzen. Er besitzt

keinerlei Chancengleichheit mit den Personen, die von den Interessenorganisationen, von den großen Berufsvereinigungen, in den Vordergrund gehoben

werden. Im Bürgertum ist die Bahn dem politisch Veranlagten, dem zur Politik Berufenen noch nicht geöffnet. Daher steht ein Radikalismus auch in der bürgerlichen Mitte, ein Radikalismus der Verbitterung, ein abgewiesener politischer Arbeitswille. Aber es ist ein Irrtum, wenn sich deshalb die bürgerliche Jugend für die Diktatur einsetzt; „bekämpft sie jedoch leidenschaftlich jede Diktatur der Wirtschaft, sie haßt geradezu ihre in den Syndikaten und Trusts blockartig aufgewickelten und miteinander verflochtenen Machtpositionen“. Sie achtet die deutsche Demokratie nur deshalb noch nicht, weil sie selbst in ihr nur eine zu dürftige Heimstätte gefunden hat.

Nach der Rede des Reichsinnenministers sang der Staats- und Domchor das „Lob der deutschen Lande“ von Walter von der Vogelweide.

Reichskanzler Brüning

der sodann das Wort nahm, forderte zur Einigkeit auf und fuhr dann fort:

„Eine der schwersten Wirtschaftskrisen, deren Umfang und deren Auswirkungen wir noch nicht übersehen können, durchzieht die ganze Welt. Zugleich beginnen die Wogen des Wahlkampfes um einen neuen Reichstag mit allen unerträglichsten Begleiterscheinungen des Misstrauens und der Zwietracht durch unser Land zu gehen. Die Stunde fordert Einsicht und Vertrauen

in die Zukunft. Niemand sei von der Mitarbeit ausgeschlossen, der es ehrlich mit dem Aufbau unseres Staates meint. Geloben wir am heutigen Verfassungstage aufs neue, der Reichsverfassung lebensvollen Inhalt zu geben. Fühlen wir uns auch in diesen Tagen als Brüder und seien wir bestrebt, bei sachlichem Meinungsaustausch auch dem politisch Andersdenkenden die ihm zukommende Achtung zuteil werden zu lassen.“

Brüning schloß mit einem Hoch auf das in der Republik geimte deutsche Volk!

Nach dem Hoch auf die deutsche Republik, das der Reichskanzler ausbrachte, wurden gemeinsam von allen Anwesenden die erste und dritte Strophe des Deutschlandliedes gesungen. Damit war die Feier beendet, und der Reichspräsident von Hindenburg begab sich unter Führung des Reichswehrministers Groener, begleitet von der Reichs- und preussischen Staatsregierung, auf den Platz der Republik und schritt die Front der dort aufmarschierten Ehrenkompagnien unter den Hochrufen der großen herumstehenden Menschenmenge ab.

Moldenhauer kandidiert. Als Spitzenkandidat in Mecklenburg.

Schwerin, 11. August. (Eigenbericht.)

Der am Sonntag in Schwerin abgehaltene Parteitag der Deutschen Volkspartei wählte den gewesenen Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer einstimmig zum Spitzenkandidaten.

Volkonservative suchen Anschluß. Kein eigener Wahlvorschlag in Württemberg.

Stuttgart, 11. August. (Eigenbericht.)

Die in Württemberg aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen Mitglieder beabsichtigen, bei den Wahlen mit keinem eigenen Wahlvorschlag aufzutreten. Sie fühlen sich zu schwach dazu und wollen Anschluß an den Bauernbund suchen. Sie hoffen, daß er sich bereitfindet, einen zu den Volkonservativen zählenden Industriellen auf seine Vorschlagsliste zu setzen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob dieser Wunsch vom Bauernbund erfüllt werden wird.

Die Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung

Aufsatz auf der 3. Seite

Treviranus redet Schwertler!

Unverantwortliches Gerede eines Verantwortlichen.

Bei einer Feier, die der Befreiung des Rheinlandes und der Erinnerung an die Volksabstimmung im Osten im Jahre 1920 galt, hielt gestern im Reichstag der Minister Treviranus eine Rede, in der er u. a. sagte:

Nun fordert der Osten Einheit und Einsatz des ganzen deutschen Volkes, Willen, Zukunftshoffnung.

Wir gedenken in der Schwere und Tiefe unserer Seele des zerschmetterten Reichslandes, der ungeheilten Wunde in der Ostflanke, diesem verkümmerten Lungenflügel des Reiches. Wir denken daran, unter welch schändem Druck Wilson zur unnatürlichen Abschneidung Ostpreußens gequält, zu welchem Zwitterzustand das deutsche Danzig verurteilt wurde. Die Zukunft des polnischen Nachbars, der seine staatliche Macht nicht zum geringsten Teil deutschen Blutopfern verdankt, kann nur gesichert sein, wenn Deutschland und Polen nicht durch ungerechte Grenzziehung in ewiger Unruhe gehalten werden.

Ostdeutschlands Bluttrocknung bleibt eine europäische Sorge und Gefahr.

Heimattreu! Gibt es ein edleres, ruhmvolleres Kennwort! Unsere inneren Augen schweifen über die deutschen Gauen, in der Seligkeit wiedererworbenen Eigentums, aber auch im Schmerz um



Die Gruppe der gefesselten Rheinländer mit Trauerflor; sie werfen dann ihre Ketten ab, als der Rhein einströmt.

die heute noch verlorenen, einst wiederzugewinnenden deutschen Lande, die eine Fälschung des Willens deutscher Volksgenossen und rechtswidrige Grenzziehung unter fremde Staatshoheit stellte. „Allen Gewalten nimmer sich beugen (?), Rufet die Arme der Götter herbei!“

Die Grenzen des Unrechts hatten nicht stand gegen Volksrecht und nationalen Lebenswillen.

Wir wissen mit Hermann Stegmann: „Generationen gehen durch helle Tage, Generationen wandeln durch Dämmerung und Nacht.“ Aber keine Generation weiß, ob sie die letzte ihres Volkes ist. (?) Schon im Glauben an die Beharrung, im Willen zur Tat liegt die Zukunft beschlossen! Weg mit dem Gerede von der Katastrophe, her mit dem Mut, alle Nöte zu bannen!

Wir spüren aus dem Zauber des Rheins, aus der Herbheit unseres Ostens gewachsen, Kräfte, die uns zu hoffen heißen:

Der Tag wird kommen, wo der Kampf für das Recht Deutschlands und Europa befreit hat.

Herr Treviranus, noch immer Minister der besetzten Gebiete, gegen deren Befreiung er gestimmt hat, kennt seinen Goethe schlecht, seinen Wilhelm II. und Mussolini desto besser. An diesen großen Vorbildern hat er seine Beredsamkeit geschult. Es ist kaum möglich, ein so ernstes Problem wie das der deutsch-polnischen Beziehungen phrasenhafter, unpolitischer und unernerster zu behandeln, als Herr Treviranus es getan hat.

Sollten in den nächsten Tagen Anfragen auswärtiger Regierungen kommen, was die Rede des Reichsministers Treviranus zu bedeuten hat, so wird die Regierung Brüning darauf antworten müssen, daß diese Rede gar nichts bedeutet. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind durch die bestehenden Verträge geregelt, insbesondere auch durch Bälterbundsakte, Locarno-Vertrag und Kellogg-Pakt. Danach kann weder die deutsche noch die polnische Regierung, ohne vertragsbrüchig zu werden, eine Grenzänderung auf anderem als auf friedlichem Wege erstreben.

Wenn aber die Dinge so liegen, so wird jedermann, der über eine gewisse politische Reife verfügt, bei Besprechung dieser Dinge seine Worte entsprechend zu wählen wissen. Durch rednerisches Klingklang-Gloria wird nicht ein Quadratmeter Land zurückgewonnen, wohl aber können dadurch ganz überflüssige Mißverständnisse und Beunruhigungen hervorgerufen werden, die für die Außenpolitik des Reiches schädlich sind. Es ist in erster Linie Sache des Reichszänglers Brüning und des Reichsaußenministers Curtius zu überlegen, ob die politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands so beschaffen ist, daß man sich sinnlose Katastrophenreden gestatten kann. Diese beiden Herren, die auch von ihren Gegnern als ernst zu nehmende Politiker betrachtet werden, seien nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sie für den Redebetrieb des Herrn Treviranus die Verantwortung tragen.

Die Berufung auf die Toten.

Poincaré erlaubt den Lebenden keine friedliche Revision.

Paris, 11. August. (Eigenbericht.)

In Chaillon in den Argonnen wurde durch Poincaré ein Ariegeerdenmal eingeweiht. Er protestierte aufs energischste gegen die deutschen Forderungen nach Revision der Friedensverträge. Frankreich sei seinen Toten gegenüber verpflichtet, keinen offenen oder versteckten Angriff gegen die Verträge zuzulassen. Es habe sowieso den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete aus seiner eigenen Tasche bezahlen müssen. Wenn es später trotzdem Deutschland in unbestreitbarer Ritterlichkeit sein Vertrauen geschenkt habe, so dürfe es dafür verlangen, daß Deutschland nicht neue Konzessionen erpreffe oder erschleiche.

Der Versailler Vertrag ist durch Dawes-Plan, Young-Plan, frühere Rheinlandräumung, Forderung der Bälterbundsakung usw. bereits vielfach geändert worden, allerdings oft genug gegen Poincaré, dafür aber mit Zustimmung der großen Mehrheit des französischen Volkes. Diese fried-

Die Feiern am Sonntag

Große Beteiligung aus allen Volksschichten

„Tag des Volkes“, so nannten wir im vorigen Jahre den Ehrentag der Republik, Tag des Volkes ist er im wahren Sinne des Wortes geworden. Das fühlten alle, die gestern an den großen Volksfesten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilnahmen, die in allen Stadtteilen Berlins stattfanden. Der Zulauf, nein, man muß sagen, der Andrang und vor allem der Geist, der die Feiern beherrschte, zeigte, daß die Berliner Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit treu zur Republik steht.

Überall das gleiche Bild: Fröhlichkeit und Ernst gemischt, Tanz, Fackelzug, Feuerwerk und viel Spaß und Belustigung für die Kinder, heitere und ernste Rezitationen, von den ersten Künstlern Berlins vorgelesen, Vorführungen der Sportler, schmerzliche Rufst der Reichsbannerkapellen, stürmische Begrüßung lieber Gäste aus Oesterreich, mitten hineingestellt die Rede eines Volksmannes, der auf die tiefere Bedeutung des Tages hinweist, und alles gelaucht in ein Meer von Schwarzrotgold! So feierte am gestrigen Sonntag das Volk, Arbeiter, Angestellte und Beamte, das große Fest der Republik.

Die stärkste Anziehungskraft übte wohl die Feier aus, die von den Ortsvereinen Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Zehlendorf im Neuen Functurmargarten am Kaiserdamm veranstaltet wurde. Die weiten Räume, der prächtige Garten waren überfüllt. Es war buchstäblich für den, der nicht rechtzeitig zur Stelle war, kein Sitzplatz zu bekommen. Alfred Beierle und Friedel Hall hatten die Rezitationen übernommen. Neben den vereinigten Tambourcorps des Reichsbanners Kreis Westens konzertierte, besonders herzlich begrüßt, das Orchester des Republikanischen Schutzbundes Deutschösterreich, Wiener-Neustadt. Die Festrede hielt Polizeipräsident Karl Jörgiebel. „Wir alle, wohin wir auch gestellt sein mögen, sind berufen, den Staat, die Demokratie, die Republik gegen alle Angriffe zu schützen.“ Ein imposantes Feuerwerk, ein begeisternder Zapfenstreich und eine wundervolle bengalische Beleuchtung waren der Abschluß dieses wahren Volksfestes.

Eine weitere große Feier veranstaltete der Ortsverein Tiergarten des Reichsbanners im Ullap. Tausende von Gästen fanden

im großen Garten Platz, wo sie ein Gartenkonzert unterhielt. In den Sälen wurde zum Tanz ausgepielt. Um 20 Uhr sprach Landtagspräsident Bartels, der, stürmisch begrüßt, die Republikaner an ihre Pflicht erinnerte, den Verfassungstag als Auftakt für die Wahlen zu betrachten. Deutschland müsse nach dem 14. September eine starke republikanische Regierung haben. Der Jungbannerspieltrupp brachte dann das Stück von Scheriff „Die andere Seite“ zur Aufführung. Kamerad Böwi leitete die Aufführung mit einer Mahnung ein, nie die Greuel des Krieges zu vergessen. Die Jungkameraden gaben ihr bestes Können her. Besonders wirkungsvoll wurden der Offizier Osborn und der Kompagnieführer Stanhope dargestellt.

Deutsche Ströme im Stadion.

Das Festspiel im Stadion, veranstaltet vom Reich, Preußen und Berlin, hatte wohl über 50 000 Menschen angezogen, die freudig bewegt dem farbenfrohen Spiel von 2500 Berliner Schulkindern zusahen.

Das Festspiel beruhte auf dem Grundgedanken, daß die deutschen Ströme in das Rund des Stadions einziehen, mit ihren Gruppen der Städte, die sie durchströmen. Nachdem Pregel, Weichsel, Oder, dann Elbe und Weser mit Hamburg und Bremen, Havel und Spree mit Berlin, und die Donau mit Wien, von den vorher-angekommenen jubelnd begrüßt, eingezogen waren, beklagten sie trauernd das Fehlen des Rheins. Dann kam die Gruppe der Rheinländer Ludwigshafen, Mainz, Koblenz, Köln, Aachen, durch Hunderte von Kindern, die den Rhein darstellten, tiefen darauf in Ketten aneinandergefesselt, ihre Wahrzeichen schwarz umfärbt. Die die Arena, von den anderen jubelnd begrüßt; die Ketten wurden zerissen, der Trauerflor zurückgebracht, das Banner der Republik stieg hoch und die Menschenmassen begrüßten mit dem Deutschlandlied die Befreiung der Rheinlande.

Die durch Lautsprecher verstärkte Musik des Sinfonieorchesters der Schutzpolizei und der Fanfarenbläser der Städtischen Oper war gut zu hören. Chöre von 4500 Knaben und Mädchen, rechts und links neben dem großen Herold gegenüber den Tribünen am Schwimmbassin aufgestellt, begleiteten die festliche Musik.

Feudale Gesichter



„Verfassungstag — nichts für uns! Diese Verfassung trägt nicht das Gesicht unserer Klasse!“

liche Reformbewegung wird unaufhaltbar weitergehen; durch sie wird erst der wahre Friede, der Friede der Verständigung erst geschaffen werden, der in Versailles nicht geschaffen wurde, und den in Europa durchzuführen die Arbeiterparteien die stärksten politischen Kräfte sind. Poincaré sollte die Toten ruhen lassen; das was sie wahrhaft wünschen würden, ist nicht die Erhaltung einer Suprematie in Europa, sondern die Sicherheit vor einem neuen Krieg durch die Organisation eines friedlichen Europa gleichberechtigter Völker.

Braun gegen Achtundvierziger.

Eine Rede vor der ostpreussischen Sozialdemokratie.

Königsberg i. Pr., 11. August. (Eigenbericht.)

Am Sonntag nahmen die ostpreussischen Sozialdemokraten auf einem außerordentlichen Bezirksparteitag die Ausstellung der Kandidatenliste zur Reichstagswahl vor. Einstimmig und unter stürmischem Beifall wurde der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun zum Spitzenkandidat der Liste 1 in Ostpreußen gewählt. Ihm folgten auf der Liste Friedrich Larßen, Bezirkssekretär und Bezirksvorsitzender der SPD, Ostpreußen, Karl Jäder, Gauleiter des Deutschen Vorkorbereitungsverbandes, Königsberg, Werner Lust, Redakteur, Königsberg, und Arthur Mertens, Lehrer, Gutenfeld.

In der Debatte gab der preussische Ministerpräsident Otto Braun eine Erklärung ab über seine Stellungnahme bei der Reichstagsauflösung. „Ich habe — so führte er aus —, wie es für mich als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion selbstverständlich war, mit der Fraktion für die Aufhebung der Notverordnung, die auf Grund des Artikels 48 von der Regierung erlassen worden war, gestimmt. Aus dieser Abstimmung ist mir persönlich in der Zentrumspreffe der Vorwurf gemacht worden, daß ich dadurch gegen die Regierung Brüning Stellung genommen habe, und zwar eine Regierung, die grundtätlich vom Zentrum getragen und geleitet werde, was nicht ohne Einfluß auf die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit dem Zentrum in der preussischen Regierung bleiben könne. Ich nehme daher die erste Gelegenheit wahr, mich öffentlich dazu zu äußern, und erkläre: Ich habe, wie es ja für sozialdemokratische Fraktionsmitglieder selbstverständlich ist, dem Beschluß der Fraktion entsprechend, für die Aufhebung dieser Notverordnung gestimmt. Das war nicht lediglich ein Ausdruck der Fraktionsdisziplin, sondern ich habe in diesem Falle — es kann ja vorkommen, daß man materiell anderer Meinung ist als die Fraktion — mit der Fraktion gestimmt, weil ich auch materiell mit der Haltung der Fraktion übereinstimme. Ich halte den Weg, der hier beschritten wird, d. h. die Erlegung des Parlaments durch den Artikel 48 der Reichsverfassung,

für verhängnisvoll. Wenn dieser Weg weiter beschritten werden soll, wenn eine Regierung, die für ihre Vorlagen in Parlament keine Mehrheit findet, durch Verordnungen sich über das parlamentarische System hinwegsetzt, dann ist eben das Hauptstück der republikanischen Verfassung beseitigt. Das parlamentarische System ist dann nur noch eine Farce. Ich verkenne keineswegs die schwierige Situation, in der sich die Reichsregierung befindet. Gleichwohl habe ich für die Aufhebung der Notverordnungen aus grundsätzlichen Erwägungen gestimmt, die mich auch geleitet haben bei den Verordnungen, die auf Grund des gleichen Artikels seinerzeit von unserem Reichspräsidenten Ebert erlassen worden sind. Damals habe ich mich als Abgeordneter nicht dagegen gewendet, weil die sozialdemokratische Fraktion die Aufhebung nicht beantragt hatte, sondern ich habe als preussischer Ministerpräsident dagegen eingewendet, daß ich diese Anwendung des Artikels weder mit den Worten noch mit dem Sinn der Reichsverfassung für vereinbar halte.

Meine Stellungnahme im Reichstag richtet sich daher nicht gegen die Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung, sondern sie entspricht meiner grundsätzlichen Einstellung gegen eine Anwendung des Artikels 48, die jedes parlamentarische System völlig zunichte

„Staats-Volks-Partei“ im Werden.

Einheitslisten, aber Selbständigkeit unberührt.

Die Volkspartei des Herrn Scholz läßt parteiamtlich verkünden:

„Zwischen der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei in Baden und Württemberg werden auslichtsreiche Verhandlungen über den Abschluß eines Wahlabkommens geführt. Es handelt sich um die Aufstellung gemeinsamer Listen. Reichsminister Dietrich hat Reichsminister Dr. Curtius die Führung der Einheitsliste in Baden angetragen, während die Liste in Württemberg durch Dr. Heuß geführt werden soll. In Baden ist an zweiter Stelle der Einheitsliste Reichsminister Dietrich (Staatspartei) und in Württemberg der Reichstagsabgeordnete Reinath (D.Vp.) vorgesehen. Die Selbständigkeit der beiden Parteien wird durch das Abkommen nicht berührt.“

Das ist die Patentlösung, die sicher auch noch die volle geistige Verharmlosung von Demokraten und Reformliberalen, von Jungdo und Stahlhelm bringen wird, wie ja in der „Staatspartei“ sich schon Antisemitismus und Judentum brüderlich vereinen.

Großfeuer in Irrenanstalt.

Brandstiftung durch Fürsorgezöglinge. — Was ging vorher vor?

Stettin, 11. August.

In den Rückenmüher Anstalten, in denen gegenwärtig 800 Geistesranke, eine große Zahl Fürsorgezöglinge und Krüppel untergebracht sind, brach am Sonntag, gegen 21 Uhr, in einem Teil der Zimmerwerft ein Feuer aus, das zwei etwa 40 Meter lange Schuppen in Asche legte. Ein großes Polizeiaufgebot und alle Feuerwehren Stettins wurden alarmiert. Man vermutet Brandstiftung, da in letzter Zeit wiederholt Fürsorgezöglinge ausgebrochen waren und drei Pfleger entlassen werden mußten. Die Feuerwehr hatte mehrere Stunden mit dem Löschen zu tun. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Lieber Todesgefahr auf Eisgleitern

— als faschistische Brutalisierung.

Paris, 11. August. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Montag kamen etwa 30 italienische Flüchtlinge auf Schiffschwegen über den Gletscher von Rochemelon nach Frankreich. Die Flüchtlinge, unter denen sich auch mehrere Frauen befanden, verirrt sich unterwegs. Ihre Rettung verdankt sie einer französischen Offizierspatrouille, die sie in Sicherheit brachte. Auf ihrem Wege fanden die Flüchtlinge die Leiche eines Landmannes, der bei einem Sturzversuch erschöpft zusammengebrochen und erstoren war.

Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung

Kein bürokratischer Staatsapparat — Einheitliche Leitung der Wirtschaft durch die demokratischen Instanzen

Auf ihrem Hamburger Kongress im September 1928 bekannnten sich die Freien Gewerkschaften zum Programm der Wirtschaftsdemokratie. Auf dem Magdeburger Parteitag erklärte Genosse Wels in seiner Eröffnungsrede:

„Die Sozialdemokratie schließt sich der freigewerkschaftlichen Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft, die in ihrer Vollendung nichts anderes als der Sozialismus sein kann, voll und ganz an.“

Der Hinweis im Nebensatz darauf, daß die Demokratisierung der Wirtschaft „in ihrer Vollendung nichts anderes als der Sozialismus sein kann“, entspricht wiederum vollkommen der Auffassung der Freien Gewerkschaften. Es heißt in der Resolution des Hamburger Kongresses zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie:

„Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus. Diesen Weg deutlich zu zeigen und die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung auf diesem Wege zu führen, ist eine Aufgabe, die in erster Linie den Gewerkschaften zufällt.“

Nicht weniger eindeutig ist dieser Zusammenhang in dem von Raphaeli im Auftrage des ADGB herausgegebenen Buch „Wirtschaftsdemokratie“ zum Ausdruck gebracht worden. Kamentlich dieses Buch schließt die Annahme völlig aus, daß man die Wirtschaftsdemokratie an Stelle des Sozialismus zum Programm der Arbeiterbewegung erheben will, daß man auf diese Weise einen verschleierte Verzicht auf den Sozialismus zu leisten versucht. Gewiß gibt es verschiedene Richtungen, die sich zur Wirtschaftsdemokratie bekennen und die nicht sozialistisch oder sogar ausgesprochen antisozialistisch sind. Dagegen läßt sich nichts machen. Wir besitzen kein Monopol auf den Gebrauch des Wortes „Wirtschaftsdemokratie“, wie wir auch nicht den Radikal-Sozialisten in Frankreich oder den Hilfer-Beuten in Deutschland verbieten können, sich als „Sozialisten“ zu bezeichnen. Auch ihren eigenen Namen hat die Sozialdemokratie den anderen entnommen, die ihren „Sozialdemokratismus“ ganz anders verstanden. Die Bezeichnung „Wirtschaftsdemokratie“ war zunächst auch vielen von uns wenig sympatisch, weil sie häufig durch die Verbindung mit den sogenannten „wirtschaftsrieblischen Tendenzen“, die wir ablehnen, mißbraucht wird. Sie hat sich aber fest eingebürgert, weil sie doch völlig dem Wesen unserer Bestrebungen entspricht.

Wirtschaftliche Demokratie ist vom sozialistischen Standpunkt aus gesehen notwendige Weiterentwicklung und Ergänzung der politischen Demokratie; erst in ihr findet die Demokratie überhaupt ihre Vollendung.

Solange eine autoritäre Wirtschaftsordnung existiert, ist eine tatsächliche Gleichberechtigung aller Schichten des Volkes nicht möglich. In der kapitalistischen Gesellschaft ist keine vollendete Demokratie möglich, sondern nur die Entwicklung zu ihr, deren hauptsächlichste Triebkraft die sozialistische Arbeiterschaft ist. Deshalb liegt es in der Natur der Sache, daß ein wirklich konsequenter Demokrat sich früher oder später der sozialistischen Arbeiterschaft anschließen muß, wie es Genosse Erkelenz getan hat, in dem wir jetzt nicht nur einen guten Demokraten, sondern auch einen guten Kämpfer für den Sozialismus begrüßen dürfen.

In seinem neu erschienenen Buch über „Unternehmertum und Wirtschaftsführung“ versucht der Münchener Privatdozent Johannes Gerhardt, der die dazu gehörende Literatur aufmerksam verfolgt und gewissenhaft durchgesehen hat, nachzuweisen, daß sich im Programm der Wirtschaftsdemokratie marxistische und unmarxistische Gedankengänge mischen. Er meint vor allem, daß „dieses Programm... marxistisch — mit der Aufdeckung der Entwicklungstendenzen — beginnt, aber unmarxistisch in der Betonung des Willens zur Neugestaltung endet“. Ich glaube dagegen vielmehr, daß es durchaus marxistisch ist, die Aufdeckung der Entwicklungstendenzen mit dem Willen zur Neugestaltung zu verbinden. Wir dürfen aber hier die Auseinandersetzung darüber, wie man den Marxismus richtig verstehen soll, beiseite lassen. Auf jeden Fall hat der Verfasser völlig richtig gesehen, daß der Wille zur Neugestaltung im Programm der Wirtschaftsdemokratie stark in den Vordergrund tritt. Ja, dieser Wille ist eigentlich der Lebensnerv des ganzen Programms. Dieses ist nicht aus Resignation, nicht aus dem Unglauben an den Sozialismus entstanden, sondern im Gegenteil aus dem starken Antrieb zum Handeln im sozialistischen Sinne, aus dem Bestreben, die wachsende Macht der Arbeiterschaft schon jetzt, wo diese Macht noch keine Uebermacht im Staat und in der Gesellschaft ist, für die Verwirklichung des Sozialismus einzusetzen. Es heißt in der Entschließung des Hamburger Kongresses:

„Nicht als fernes Zukunftsziel, sondern als täglich fortschreitender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar.“

Dieser Entwicklungsprozeß ist aber alles andere als eine harmonische Entwicklung, die sich von selbst glatt und friedlich vollzieht: zu diesem Prozeß gehören harte und schwierige Kämpfe, durch ihn werden auch schwere Opfer nicht erspart.

Ich weiß, daß diese Einstellung auch manche Genossen bedenklich macht. Sie befürchten, daß durch eine so starke Betonung des aktuellen, auf die Gegenwart gerichteten Willens zur Neugestaltung der Inhalt des Zieles in den Hintergrund gedrängt, ja, übersehen werden kann. Sie sehen und anerkennen in ihrer Bedeutung für das Wohl der Arbeiterschaft verschiedene einzelne Maßnahmen, vermüssen aber im Programm der Wirtschaftsdemokratie den eigentlichen Kern des sozialistischen Ideals — die Sozialisierung. Andererseits meint der nichtsozialistische Kritiker, Herr Gerhardt: „Marxistisch ist die Unklarheit in der Aufzeichnung des zu verwirklichenden sozialen Endzustandes, unmarxistisch die Detaillierung der Forderungen des Tages“. Wiederum keine Auseinandersetzung darüber, was marxistisch oder unmarxistisch ist. Es muß aber zugegeben werden, daß im Programm der Wirtschaftsdemokratie keine abgeschlossene und im einzelnen konkretisierte Schilderung des „Endzustandes“, also der zu gestaltenden Wirtschaftsordnung gegeben ist, wie eine solche Schilderung auch früher von den führenden Theoretikern und Politikern des modernen Sozialismus nicht gegeben wurde. Nun besteht der Unterschied darin, daß die früheren Sozialisten in dieser „Unklarheit“ über die konkrete Gestalt des „Endzustandes“ keine Rüge empfanden, weil für sie die Verwirklichung eben noch immer nur Sache der Zukunft war, währenddem wir jetzt auch unsere tägliche Arbeit

nach dem „Endzustand“ orientieren

wollen. Daher entsteht für uns der stärkste Antrieb, uns mit den Problemen der Verwirklichung des Sozialismus, der Organisation der sozialistischen Wirtschaft, zu beschäftigen als mit eminent wichtigen und dringenden praktischen Aufgaben. Nicht deshalb, weil wir hoffen, diese Organisation von heute auf morgen verwirklichen zu können, sondern deshalb, weil wir konkretere Vorstellungen von der vollendeten Demokratisierung der Wirtschaft brauchen, um danach unsere heutigen Bemühungen zu richten. Diese Arbeit steht noch in den Anfängen, sie wird aber durch die Wirtschaftsdemokratie nicht gehemmt: die Wirtschaftsdemokratie hat ihr vielmehr, wie gesagt, einen neuen und viel stärkeren Antrieb gegeben.

Die Wirtschaftsdemokratie — als Programm — verzichtet auf die Sozialisierung nicht, sie kann aber mit den völlig vagen Vorstellungen, die früher mit diesem Begriff verbunden waren, nichts anfangen. So viel darf trotzdem behauptet werden, daß sich die verwirklichte wirtschaftliche Demokratie nicht anders als

durchgeführte Sozialisierung

vorstellen läßt. Wir halten uns dabei an zwei Merkmale, die man sozusagen als eisernen Bestand des Begriffs der Sozialisierung betrachten darf. Das sind: erstens die Ueberführung der kapitalistischen Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit, also Bergesellschaftung der Produktion, und zweitens die Ueberwindung der wirtschaftlichen Anarchie, die auch im organisierten Kapitalismus in starkem Maße bestehen bleibt, durch planmäßige Leitung des Wirtschaftsprozesses. Es ist keine wirkliche Wirtschaftsdemokratie denkbar, solange der Besitz an Produktionsmitteln als Grundlage der wirtschaftlichen Macht einzelner Gruppen bestehen bleibt. Eine wirtschaftliche Selbstverwaltung, in der die Unternehmer und die Arbeitnehmer sogar als gleichberechtigte Faktoren vertreten sind, ist noch keine wirtschaftliche Demokratie, sondern nur ein Schritt zur Demokratisierung der Wirtschaft, wenn die Unternehmer immer noch den kapitalistischen Besitz und die kapitalistischen Interessen vertreten. Abgesehen davon, daß uns eine solche Gleichberechtigung der beiden Seiten bei der Beibehaltung des kapitalistischen Besitzes als undenkbar erscheint, wäre durch eine solche Gleichberechtigung, falls sogar formell erreicht, eine tatsächliche Gleichheit der Rechte nicht gewährleistet. Bei demjenigen, der die Produktionsmittel besitzt, würde letzten Endes auch die letzte Entscheidung bleiben. Die Hauptfrage für uns ist, daß in der wirtschaftlichen Selbstverwaltung nicht beide Seiten vertreten sein werden, sondern daß es keine solche verschiedenen Seiten, keine Vertreter der verschiedenen sozialen Klassen gibt, und daß

in der wirtschaftlichen Selbstverwaltung die Vertreter von verschiedenen Funktionen, die aber alle die gleiche gesellschaftliche Stellung haben, zusammenarbeiten.

In welcher Form sich diese Bergesellschaftung vollziehen und wie weit sie gehen wird, das wird ohne Zweifel sehr stark von der konkreten Situation abhängen, die sich genau nicht voraussehen läßt. Es ist aber, seitdem das Programm der Wirtschaftsdemokratie da

ist, nicht überflüssig geworden, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, da jetzt möglichst konkrete Vorstellungen von der Zukunft auch die Arbeit der Gegenwart beeinflussen sollen. Sicher scheint uns zu sein, daß die Verstaatlichung aller kleinen und kleinsten Betrieben Landwirtschaft, Handwerk und Handel nicht zu dem Prozeß der Beseitigung des Kapitalismus gehören wird, daß es vielmehr Aufgabe sein muß, dieses kleine Gewerbe in das Gesamtsystem der demokratischen Wirtschaft einzugliedern. Auch wird man sich die Sozialisierung der Großgewerbe nicht so vorzustellen haben, daß „verstaatlicht“, d. h. ein neuer bürokratischer Apparat geschaffen wird. Sozialisierung im unserem Sinne ist demokratische Sozialisierung. Sie wird die bürokratischen Apparate der großen Konzerne, Kartelle und Trusts, in denen schon vielfach für den wirtschaftenden Menschen nicht mehr die Möglichkeit vorhanden ist, sich zu entfalten, aufzulösen.

Die Verantwortungsfrage, die der Geschäftsführer eines Konsumvereins und der Leiter eines öffentlichen Unternehmens heute schon im Gegensatz zu manchen industriellen Betriebsleitern hat, muß der Gesamtwirtschaft erhalten bleiben. Der Gegensatz zur privatkapitalistischen Wirtschaft besteht aber darin, daß das Profitemachen in die Taschen der Generaldirektoren, der Aufsichtsräte und der Kapitalbesitzer ausfällt und an ihre Stelle der Dienst an der Allgemeinheit und das Wirtschaften für die Allgemeinheit unter ihrer demokratischen Kontrolle und Oberaufsicht tritt. In diesem Sinne wird die planmäßige Leitung des Wirtschaftsprozesses in seiner Gesamtheit notwendig sein.

Sie gehört zu dem Wesen der wirtschaftlichen Demokratie, da die Demokratie nicht bloß die Selbstverwaltung einzelner Gruppen des Volkes, die wirtschaftliche Demokratie nicht bloß die Selbstverwaltung einzelner wirtschaftlicher Einheiten, sondern die Selbstverwaltung des Volkes, also die Organisation der Allgemeinheit ist. Weitgehende Autonomie einzelner Teile macht die Zusammenfassung durch die gemeinsame Organisation erst recht notwendig, damit das System funktionieren kann, damit aus der Tätigkeit der einzelnen Selbstverwaltungskörper nicht ein allgemeines Durcheinander oder sogar Gegeneinander, sondern ein allgemeines, in seinen einzelnen Erscheinungen koordiniertes Wirtschaftsleben entsteht.

Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Betrachtung haben die vorzüglichen Ausführungen von Gen. Erkelenz im „Abend“ vom 6. August gegeben. Es handelt sich aber hier um Dinge, die jetzt überhaupt sehr stark beachtet werden sollen. Ist doch die angebliche

Gleichberechtigung der Arbeiterschaft das Lozmittel,

mit dem man jetzt die „Beredelung“, also in der Tat die Aufhebung der Demokratie für die Arbeiterschaft schmachtet zu machen versucht. „Gleichberechtigt“ mit mehreren anderen „Berufsständen“ zu sein, bedeutet aber für die Arbeiterschaft, ständig in der Minderheit und unterdrückt zu bleiben, während in der sich frei entwickelnden Demokratie die Arbeiterschaft die Mehrheit gewinnen und zur Macht kommen muß, da sie die große Mehrheit der Bevölkerung ist. Die vorhandene „formelle“ Demokratie wird von unseren Gegnern bekämpft, weil sie der Boden für die Verwirklichung der vollendeten, also der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie ist. Der Wahlkampf, den wir jetzt führen, ist der Kampf um die Erhaltung dieses Bodens. Georg Decker.

Element Nr. 87 entdeckt!

Den beiden Physikern Professor Dr. Morphy und Dr. Wilson in Alabama ist es nach langwierigen Untersuchungen gelungen, einen der beiden fehlenden Grundstoffe in der Reihe der 92 Elemente aufzufinden. Es handelt sich um das Element Nr. 87, das die Forscher Eka caesium nannten. Die Wissenschaft befindet sich schon seit Jahren auf der Suche nach diesem und dem immer noch fehlenden Element Nr. 85, und schon häufig wurden Mittelungen verbreitet, daß es gelungen sei, diese beiden fehlenden Grundstoffe aufzufinden und damit die ganze Reihe der 92 Elemente vollständig zu machen. Stets aber ergaben die Nachforschungen und eingehenden Prüfungen, daß es sich um Irrtümer der Gelehrten gehandelt hatte. Die Entdeckung von Elementen ist trotz der großen Fortschritte der Wissenschaft und des prophetischen „Periodischen Systems“ von Mendelejew und Lothar Meyer nicht leicht, da viele dieser Stoffe in so geringen Mengen und in anderen Stoffen verstreut vorkommen, daß die Elementesucher den größten Schwierigkeiten begegnen. Eins der berühmtesten Beispiele hierfür ist die Entdeckung des Heliums, das jetzt als Füllgas der amerikanischen Zeppeline in der ganzen Welt bekanntgemorden ist. Bis zum Jahre 1868 war Helium völlig unbekannt. Am 18. August jenes Jahres wurde es von dem französischen Astronomen Janssen bei der Beobachtung einer Sonnenfinsternis auf spektroskopischem Wege entdeckt. Man nahm an, daß es nur in der Sonne vorkäme. Erst im Jahre 1895, also 27 Jahre später, fand William Ramsay dieses Element auf der Erde.

Technisch wie die erste Entdeckung des Heliums erfolgte auch die Entdeckung des neuen Elementes Eka caesium in einem Erz. Die Entdeckung eines Elementes ist nicht gleichbedeutend mit seiner Isolierung, um es in reiner Form aufzulegen zu können. Bei dem Eka caesium ist es bisher noch nicht gelungen. Trotzdem soll an seiner Auffindung angeblich nicht zu zweifeln sein. Die Elemente, zwischen denen Eka caesium der Ordnungszahl nach steht, sind Riton (Emanium), ein radioaktives Element mit der Ordnungszahl 86, und Radium mit der Ordnungszahl 88. Riton wurde 100 von Dorn entdeckt und das Radium 1898 von Curie.

Der gefälschte „Geist Conan Doyles“.

In neun Sitzungen, die in den Vereinigten Staaten und in Kanada kürzlich abgehalten wurden, erklärten die gläubigen Spiritisten, daß der Geist des verstorbenen Arthur Conan Doyle zu ihnen herniedergestiegen sei. Diese Behauptungen haben den bekannten Zauberer Joseph Dunninger nicht schlafen lassen, und er hat in der Redaktion der New Yorker Zeitschrift „Science and Invention“ eine Vorführung veranstaltet, in der ein gefälschter Geist Doyles erschien. Die Zeitschrift hat sich die Befragung des Spiritismus zur Aufgabe gestellt und einen Preis von 25 000 Dollar demjenigen Medium ausgesetzt, dessen Leistungen von Dunninger nicht wiederholt werden können. Der „Zauberer“ vollbrachte alle die Geistererscheinungen, die bei den verschiedenen Sitzungen beschrieben worden waren, behauptet, daß jedes sogenannte spiritistische Wunder von einem geschickten Tuschenspieler nachgemacht werden kann.

Dunninger wurde in der verdunkelten Redaktion mit den Füßen an einem Stuhl festgebunden, seine in dicken Handschuhen stehende Hände wurden an seinem Hemd festgenäht, und eine schwere Kette wurde um seine Handgelenke gelegt und dann verschlossen. Zwei

Minuten später erschien in dem verdunkelten Raum der „Geist“ Conan Doyles; er reichte dem anwesenden Berichterstatter eines Londoner Blattes die Hand und teilte ihm einige Einzelheiten über ein Interview mit dem verstorbenen König Leopold von Belgien mit, die nur dem Journalisten bekannt waren. Dann sprach der Geist mit einer dumpfen Stimme, die wie aus einem Lautsprecher klang: „Das größte Band der Menschheit ist die Liebe.“ Diefelben Worte fanden sich, von Geisterhand geschrieben, auf einem Zettel, der vorher in einer fest verschlossenen Kiste untergebracht worden war. Auch sonst vollführte dieser gefälschte Geist noch alle möglichen Wunder, und der Eindruck war so stark, daß mehrere Spiritisten erklärten, sie hätten tatsächlich den Geist des dahingeshiedenen Schriftstellers mit eigenen Augen gesehen. Nachher fand man Dunninger in derselben Stellung wie vorher auf dem Stuhl festgebunden; er aber erklärte, daß sämtliche Erscheinungen nur aus lächerlich kleinen Tricks beständen, die er alle ausgeführt habe.

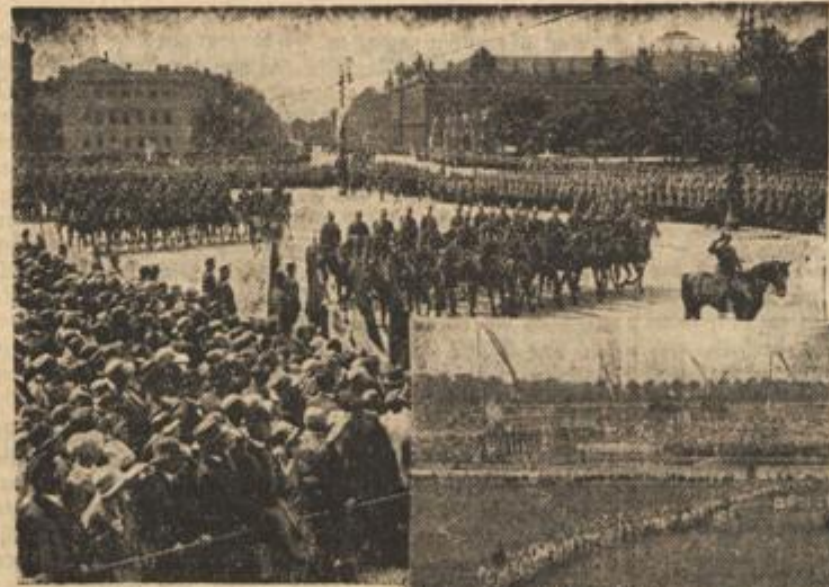
Nur auf Kamelen ruht Gottes Segen.

Ueber die verschiedensten Wirkungen der technischen Entwicklung, der Verbreitung der modernen Zivilisation bringt jeder Tag neue Kunde. Die Erscheinung aber, die wir durch den letzten Bericht der Pariser Handelskammer erfahren, dürfte eine der interessantesten sein.

Sie berichtet, daß die Kamel heute von den Automobilen verdrängt sind. Und heute ist ihr Preis auf ein Fünftel des früheren gefallen. Ein mittelmäßiges Kamel kostete noch vor fünf Jahren ungefähr fünfzig Franken — eher etwas mehr als weniger — heute ist ein ähnliches bestenfalls noch um tausend Franken anzubringen. An ihre Stelle ist zur Beförderung sowohl der Personen wie auch der Güter das — Auto getreten. Unter den Einwohnern des afrikanischen Küstengebietes haben sogar viele „Mittelständler“ ihre eigenen Autos, mit welchen sie Reisen, die früher Wochen, ja monatelang dauerten (und nebenbei oft auch mit Lebensgefahr verbunden waren) jetzt in Tagen, ja in Stunden erledigen. Es sind auch viele Verkehrsunternehmungen entstanden, und die „Wüstenschiffe“ — wie man die Kamel nennt — mühen ihre Arbeit den zwar profaischeren, aber um so praktischeren und verlässlicheren Lastautos abtreten.

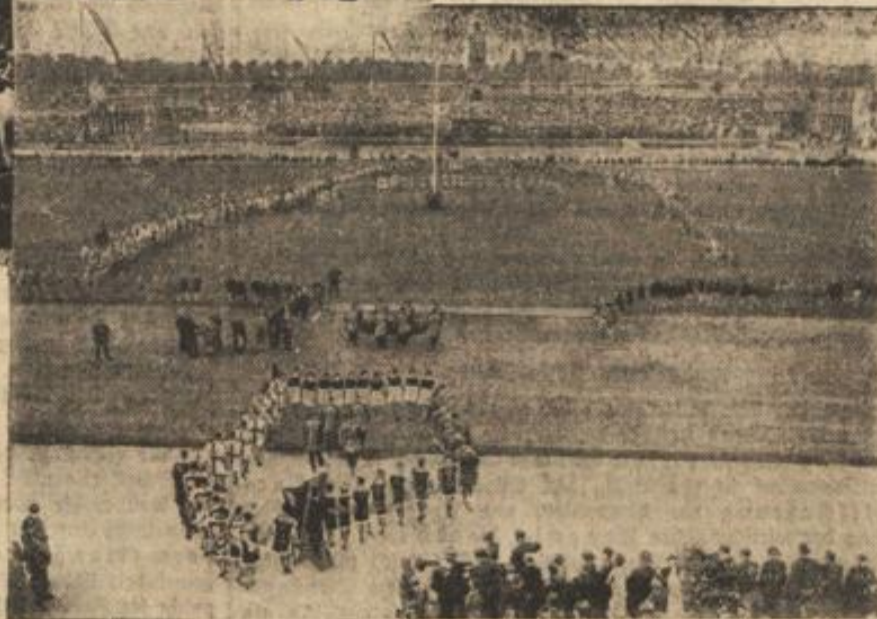
Ueber den Kamelbesitzer — die sich mit der unabänderlichen Tatsache wahrscheinlich schon abgefunden haben — ist doch noch eine Berufsklasse da, die gegen diese Einführung hadert: die der mohammedanischen Geistlichen. Sie erklären, allein die Verwendung von Kamelen bei den Transporten ist eine gottgefällige Handlung und auf keiner Arbeit, bei der man das Auto verwendet, wird Gottes Segen ruhen. Diese Geistlichen haben nur das Beispiel ihrer katholischen Kollegen befolgt, die bei der Einführung der Straßenbeleuchtung in Europa erklärten, daß dies eine Schändung Gottes sei. Denn Gott will es, daß Tag und Nacht getrennt seien und wer sich durch das Aufstellen von Straßenlaternen dieser göttlichen Fügung widersetze, begehe Gotteslästerung. — Ob die mohammedanischen Geistlichen mit ihrem Bannfluch gegen die Autos mehr Glück haben werden, als es in dieser Sache die katholischen hatten?

Die Pressa-Stahlkirche bleibt erhalten. Die von Prof. Baring entworfene Stahlkirche, die auf der Kölner Pressa ausgeführt war, wird jetzt nach Essen übergeführt werden, nachdem die Stadt der evangelischen Gemeinde Essen-West einen öffentlichen Platz zum Wiederaufbau zur Verfügung gestellt hat.



Die Feier der Polizei im Lustgarten

Blick auf das Stadion



Ministerpensionen.

Eine Erklärung Carl Severings.

Genosse Carl Severing veröffentlicht zu dem bürgerlichen Gerücht über sozialdemokratische Ministerpensionen eine Darstellung, die den Duelle dieser Wahlschwindelerien hoffentlich endgültig verstopfen werde. Wir entnehmen der längeren Darstellung diese Absätze:

Unter der Überschrift „Ministerpensionen“ veröffentlichte der „Hannoversche Kurier“ vor einigen Tagen eine Meldung, die sich mit der Pensionierung der sozialdemokratischen Mitglieder des früheren Reichskabinetts beschäftigt. In ihr wird von mir u. a. gesagt, daß ich mich im Gegensatz zu meinen Ministerkollegen Müller und Wissell, die die volle Pension als Reichsminister erhalten, nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes entschädigen ließe und ein Uebergangsgeld bezöge. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, möchte ich zu der Angelegenheit folgendes bemerken:

Die zu meinen Versorgungsansprüchen getroffene Regelung beruht nicht auf einem persönlichen Beschluß, sondern entspricht der Rechtslage. Die Bestimmungen der bisherigen Pensionsregelung kamen für mich um deswillen nicht in Betracht, weil sie an die Voraussetzung einer mindestens zweijährigen Amtszeit als Reichsminister gebunden sind, die ich mit einer Amtszeit von 21 Monaten nicht erfüllt hatte. Darum unterlag ich zwangs-läufig der neuen Regelung, die, weil ich das 50. Lebensjahr überschritten habe, für die doppelte Dauer meiner Amtszeit Uebergangsgelder vorsieht. Ihre Höhe entsprach in den ersten drei Monaten von April bis einschließlich Juni dem Gehalt eines Reichsministers und beträgt jetzt bis längstens Ende September 1933 je Monat 1650 M.

Nach Ablauf dieser Frist treten die Bestimmungen des Preussischen Gesetzes über die Versorgung der Staatsminister nach Maßgabe des § 19 des Preussischen Befoldungsgesetzes vom 17. September 1927 für meine Versorgungsansprüche wieder in Kraft. Hiernach beträgt mein Ruhegehalt laut Festlegung durch den Mindener Regierungspräsidenten 787,50 M. je Monat. Dieses Ruhegehalt habe ich durch persönlichen Entschluß bewußt niedrig gehalten, als ich 6 Tage vor Ablauf meines 6. Dienstjahres als preussischer Innenminister das Amt ausgab und dadurch auf eine Erhöhung von 600 M. pro Jahr verzichtete.

Daß mir die Erörterung dieser Dinge keine Freude macht, wird jeder verstehen. Aber es ist Wahrheit, und im Interesse meiner Partei halte ich mich für verpflichtet, Unklarheiten und Verdrehungen gerade auf diesem Gebiet entgegenzutreten. Darum darf ich wohl daran erinnern, daß ein Gesetzesvorschlag an das Reichskabinett, die Begrenzung der Höchstpensionen auf 12 000 M. betreffend, meinen Weisungen entsprang und meine Unterschrift trug. Und endlich möchte ich auch noch folgendes anführen: Ich habe im Januar bei den ersten Besprechungen des Haushaltsplans im Reichskabinett vorgeschlagen, die Aufwandsentschädigungen für die Minister zu streichen und die Repräsentation auf den Reichskanzler und Außenminister zu beschränken. Als das Kabinett darüber zu keinem Entschluß gelangte, habe ich für mich die Folgerungen aus meiner Anregung gezogen und die monatlichen Beiträge der Aufwandsentschädigung zur Unterhaltung von Arbeitslosen zur Verfügung gestellt.

Das neue Reichsministergesetz sieht vor, daß die bei Erlaß des Gesetzes amtierenden Minister wählen können zwischen der lebenslänglichen Pension des alten Systems und dem Uebergangsgeld des neuen Systems.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts Hermann Müller werden von der bürgerlichen Presse angegriffen, weil sie die Regelung ihrer Pensionsbezüge nach dem alten System beanspruchten. Dazu wird Severing und Robert Schmidt noch ein besonderer Vorwurf daraus gemacht, daß sie außer der ihnen aus früherer Ministerstätigkeit zustehenden Pensionsbezüge die Zahlung des Uebergangsgeldes nach dem neuen Reichsministergesetz verlangt hätten.

Die Angriffe sind ungerichtlich.

Wie steht es in Wirklichkeit mit den Pensionen sozialdemokratischer Minister? Hilferding bezieht weder Pension noch Uebergangsgeld, obwohl er 18 Monate Minister gewesen ist.

Robert Schmidt und Severing erhielten bereits auf Grund früherer Ministerstätigkeit Pension. Das neue Reichsministergesetz bestimmt nun, daß Minister, die bereits früher Pen-

sion erhielten, allen den pensionierten Beamten gleich gestellt werden, die nach ihrer Pensionierung Minister wurden. Infolgedessen erhalten Robert Schmidt und Severing zwangsläufig nach ihrem Ausscheiden aus dem Kabinett Müller zunächst ein Uebergangsgeld — und natürlich keine Pension — und später beim Aufhören des Uebergangsgeldes wieder ihre früheren Pensionsbezüge.

Diese Regelung bedeutet keine Bevorzugung von Robert Schmidt und Severing. Das Gesetz gilt für sie ebenso wie für alle anderen Minister.

Eine Wahl zwischen Pension und Uebergangsgeld hatten nur Hermann Müller und Wissell. Beide haben sich, wie auch alle anderen Minister, für die Pension entschieden.

Wie wenig sich Hermann Müller und Wissell von materiellen Erwägungen haben leiten lassen, geht aus der Tatsache hervor, daß sie sich bei der alten Regelung auf Jahre hinaus schlechter stellen als bei der neuen Regelung.

Als Uebergangsgeld hätte Hermann Müller für drei Monate das volle Gehalt und für 39 Monate die Hälfte, zusammen 87 750 M. Gehalt erhalten. Als Pension erhält er jährlich 16 854 M., für 3 1/2 Jahre 54 775 M., also rund 33 000 M. weniger. Bei Wissell liegt es ebenso. Als Reichsminister erhält er 13 800 M. jährlich.

Während Moldenbauer den Versuch unternahm, seine Pension zu erhöhen, haben Müller und Wissell die ihnen ungünstige Regelung gewählt.

Alle sozialdemokratischen Minister kämpfen mit der Sozialdemokratie für die Festsetzung einer Höchstpension von 12 000 Mark. Der Versuch der Sozialdemokraten, in das Reichsministergesetz den Grundlag einer Pensionshöchstgrenze von 12 000 Mark einzuführen, ist am Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Solange aber diese Höchstpension nicht eingeführt ist, kann man die sozialdemokratischen Minister nicht als Menschen minderen Rechtes ansehen und nur für sozialdemokratische Minister eine gesetzliche Sonderregelung verlangen.

Flugzeug vom Blik getroffen.

Maschine stürzt auf Gastank.

Chicago, 11. August.

Mitten im Fluge ist ein Verkehrsflugzeug vom Blik getroffen worden. Es explodierte und fiel beim Absturz auf einen großen Gastank, dessen Dach es durchschlug. Der Pilot und zwei Passagiere wurden getötet.

Die Maschine, die einen Rundflug über Chicago machte, wurde von einem schweren Luftwirbel erfaßt, mehrfach hin- und hergeworfen und dann zu Boden gerissen. Der Apparat stürzte auf das Dach eines riesigen 800 000 Kubikmeter fassenden Gastank, durchschlug dieses, bohrte sich mit dröhnendem Krachen in den Boden des Tanks ein. Der Pilot und zwei weibliche Passagiere mußten durch Taucher aus dem 13 Meter hohen Wasserstand des Tanks geborgen werden. Die Maschine ist vollkommen zertrümmert. Die Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit verflümmelt. Seltsamerweise explodierte der gefüllte Gastank beim Aufschlagen des Apparates nicht. Die Bemühungen der Taucher, die Leichen zu bergen, haben mehrere Stunden gedauert.

Das schwanzlose Flugzeug zertrümmert.

Düsseldorf, 11. August.

Das schwanzlose Flugzeug, das zur Zeit auf dem Düsseldorfer Flugplatz Probevlüge ausführt, ist Sonntag nachmittag aus niedriger Höhe in der Kurve abgerutscht und dabei zertrümmert worden. Der Flugzeugführer Riediger erlitt einen Beinbruch und leichtere Gesichtverletzungen. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß Riediger versuchte, mit stark gedrosseltem Motor in die Kurve zu gehen, um das Flugzeug in jeder Fluglage zu versuchen. Dabei konnte er die Maschine nicht mehr halten, so daß sie aus niedriger Höhe flach auf dem Boden aufschlug.

Der polnische Staatspräsident hat Reval, die Hauptstadt Lettlands, besucht. Schulkörper, darunter auch Organisationen von Frauen, waren dazu in die Stadt gekommen. Roszjici, vom Staatsältesten Stremmann begrüßt, sprach.

Geheimnisvoller Doppelmord.

Eifersuchtstragödie, Racheakt oder Unfall?

Paris, 9. August. (Eigenbericht.)

Ein Doppelmord von höchst geheimnisvollen Begleitumständen in der Stadt Virey Chatillon bildet die neueste Sensation der französischen Kriminalchronik.

Ein Hotelier aus dieser Stadt unternahm dieser Tage mit seinem Freunde eine nächtliche Autofahrt. Am Sonnabend fand man beide Männer mit je einem Schuß im Kopf tot im Automobil liegend in der Garage des Hotels vor. Beide Schüsse stammen aus einem altmodischen Jagdgewehr, das neben dem Wagen lag. Die von der Polizei eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß der Täter sich in einem Kaninchenstall versteckt hatte und die Schüsse von dort aus abgefeuert haben muß. Der Stall befindet sich etwa 100 Schritte vor dem Eingang der Garage. Der Hotelier, tödlich getroffen, konnte seinen Wagen noch bis in die Garage lenken, ehe er verschied. Die Untersuchung hat ferner ergeben, daß beide Männer während ihrer regelmäßig unternommenen nächtlichen Autofahrten wilderien. Möglich, daß sie sich durch diese Tätigkeit Feinde zugezogen hatten, von denen einer sie aus dem Hinterhalt erschoss. Einer zweiten Annahme der Polizei zufolge kann es sich auch um eine Eifersuchtstragödie zwischen den beiden Männern handeln.

Das Geheimnis gelüftet?

Nach einer anderen Meldung aus Paris soll das Geheimnis bereits aufgeklärt sein. Nach der Darstellung eines Augenzeugen, der einen Teil der Autofahrt mitgemacht hat, ergibt sich, daß die Insassen nachts zum Wildern gefahren waren, auf der Rückfahrt durch die unvorsichtige Handhabung eines Gewehrs der Wagenbesitzer getötet wurde und sein Freund aus Verzweiflung über den Vorgang anscheinend sich selbst das Leben genommen hat.

Polizei feiert die Verfassung.

Eine Rede des Innenministers Dr. Baentig

Einen eindrucksvollen Verlauf nahm auch die Verfassungsfeier der Berliner Schutzpolizei am Lustgarten. Als um 12 Uhr der preussische Minister des Innern Dr. Baentig in Begleitung des Polizeipräsidenten Jörgiebel und des Ministerialdirektors Abegg auf der mit schwarzrotgoldenen Fahmentuch überspannten Tribüne erschien, hatten auf dem weiten Platz zwischen Schloß und Lustgarten 5000 uniformierte Polizeibeamte Aufstellung genommen. Die übrige nach Tausenden zählende Beamtenschaft der Berliner Schutzpolizei sowie eine große Zahl von Schaulustigen umsäumten das uniformierte Carrée. Der Minister kennzeichnete das Verdienst der Polizei, das darin bestand, auch in den schwersten Stürmen und Wirrnissen der ersten Jahre der Deutschen Republik die Staatsautorität zu wahren, die Grundlage des öffentlichen Lebens, die Reichs- und Staatsverfassung zu schützen und zu erhalten. Die staatliche Grundfrage des neuen Deutschland ist die Weimarer Verfassung. Sie bedeutet den Sieg des staatlichen Selbsthaltungswillens des deutschen Volkes gegenüber dem von außen und innen andrängenden Verwüstungswillen. „Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus“; die kurzen Worte erschöpfen im tiefsten Grunde den geistigen Gehalt des 1918 neugeborenen Staates. Die gesamte preussische Polizei befeelt die Ueberzeugung und der Wille, ein dienendes Glied im großen Volksganzen zu sein. Der Minister schloß mit den Worten: So wollen wir auch heute wieder uns geloben, in diesem Streben nicht zu erlahmen und unsere ganze Kraft, unser ganzes Wollen einzusetzen für den Dienst an der Republik im Sinne und dem Geiste der Verfassung.

Anschließend fand vor dem Minister, dem Polizeipräsidenten und dem Kommandeur der Schutzpolizei, Heimannsberg, ein Vorbemarsch der Schutzpolizei statt. Die Feier war von musikalischen Darbietungen der Schutz- und Kriminalpolizei umrahmt.

Die Feiern in den Schulen und Bezirksämtern.

In den Berliner Volksschulen und den höheren Lehranstalten fanden heute vormittag überall kurze, meist recht eindrucksvolle Feiern statt. Der Unterricht fiel bei allen Schulen aus. Die Feiern der Bezirksämter sind zum größten Teil bereits am Sonnabend und Sonntag abgehalten worden. Eine besonders würdige Verfassungsfeier veranstaltete das Bezirksamt Kreuzberg gestern mittag im Orpheum, Hasenheide, bei der Bürgermeister Dr. Herz die Festrede hielt.

Better für Berlin. Größtenteils bewölkt bis trübe mit leichten Regenfällen und wenig veränderten Temperaturen, westliche Winde. — Für Deutschland. Allgemein wolkig bis trübe mit leichten Regenfällen.



Montag, 11. August. Berlin.

- 6.30 Funkgymnastik (Arthur Holz).
- Anschließend bis 8.15: Frühkonzert.
- 11.15 Electrola-Platten.
- 12.00 Aus dem Reichstag: Verfassungsfeier der Reichsregierung.
- 14.00 Schubert (Schallplattenkonzert).
- 15.20 Curt Biling: Gesundheitschutz der Hausfrau.
- 15.40 Dr. Franz Lederer: Märkische Kulturstätten.
- 16.05 Hans W. Peilwin: Im Auto durch Karpatho-Rulland.
- 16.30 Konzert: 1. Scatuzzi: Suite (Leo Bücheler-Gerlin). — 2. Gesänge (Louis van de Sande, Bär; Flügel: Willy Jaeger). — 3. Haydn: Sonate E-Moll (Lo Bücheler-Gerlin). — 4. Gesänge (Louis van de Sande). — 5. Beethoven: Zwölf Variationen C-Dur (Lo Bücheler-Gerlin).
- 17.30 Paul Eipper: „Unser Zoo“.
- 18.00 Dr. Altona Paquet: Das Rheinland.
- 18.30 Unterhaltungsmusik.
- 19.25 Drei Minuten vom Arbeitsmarkt.
- 19.30 „Chronik der Gedanken“, von Heinrich Mann. Sprecher: Walter Gynt.
- 20.00 Sportpalast: Verfassungsfeier, veranstaltet von der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung und der Stadt Berlin.

Anschließend: Zeit, Wetter, Tagesnachrichten, Sport. Anschließend bis 9.30: Tanzmusik.

Königswusterhausen.

- 15.00 Dr. Paul Laven: Akademische Weltmeisterschaften.
- 15.45 Helene Braus: Die Kunst zu leben.
- 16.00 Breslau: Nachmittagskonzert.
- 17.30 Frieda Flaum: Lernend und lehrend bei Tagore.
- 18.00 Magister Hansen, Kopenhagen: Dänische Volkstänze.
- 18.30 Dr. K. Priemel: L. Heck zum 70. Geburtstag.
- 18.55 Dr. Langheinrich-Anthos: Der moderne englische Roman und seine Gegenwartsbedeutung.
- 19.25 Dr. Mahne: Auswahl und Herrichtung des Saatgutes.

Verantwortl. für die Redaktion: Wolfgang Schwarz, Berlin; Angelegen: Th. Glöde, Berlin. Verlag: Fortwärts Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin ES 68, Lindenstraße 1. Siegen 1 Beilage.

Die Heilbronner Reichsverfassung

Ein historischer Rückblick zum Verfassungstag

Staatsverfassungen sind die feierlich erklärten Urkunden dessen, was nach dem Willen der Nation für die Ordnung ihres staatlichen Lebens maßgebend sein soll. Anlaß, ihren Lebenswillen in Form von Staatsverfassungen zu äußern, pflegen die Völker regelmäßig dann zu nehmen, wenn die bisherige Lebensordnung sich als unhaltbar erwiesen und die Ueberzeugung von ihrer Unhaltbarkeit sich bei der Mehrheit der Volks- und Zeitgenossen durchgesetzt hat. Trägt sich alsdann die Minderheit nicht bereitwillig der neuen Lebensordnung, so kommt es zur Revolution. Daher der häufig revolutionäre Ursprung der modernen Verfassungen. Die Art und Weise selber, in der eine Revolution sich vollzieht, ist dabei stets und überall nur eine Angelegenheit der in einer Nation jeweils herrschenden Volks- und Zeitgestaltung. Deren Spiegelbild ist dann auch die Verfassungsurkunde, die zur Festhaltung des revolutionär Erworbenen dient. Wir in Deutschland haben im Jahre 1918 eine Staatsumwälzung gestifteter Art erlebt. Ihr staatsrechtlicher Niederschlag ist die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919.

Die Weimarer Verfassung ist in Deutschland nicht die erste, die den Namen einer Verfassung verdient. Schon die Revolution von 1848 führte zu einer Verfassung: der heute fast schon vergessenen Reichsverfassung vom 28. März 1849. Sie hat leider niemals gesetzliche Geltung erlangt. Dennoch sollte man sich neben der Weimarer Verfassung auch der Frankfurter Verfassung erinnern, schon weil aus ihr viel alles Verfassungserbgut auf die Gegenwart übergegangen ist.

Will man aber von 1848 aus rückwärtsgehen, um in Deutschlands Geschichte wieder eine Verfassung anzutreffen, so muß man schon sehr weit ausgreifen. Es heißt, sich zurückfinden bis auf das Jahr 1525. Über die Rube verlohnt sich durchaus. In der Geschichte forschen heißt, Tote zum Leben erwecken. Nicht jeder Tote verdient es, wiedererweckt zu werden. Aber wenn wir uns jetzt am Weimarer Verfassungstage über die Vorgeschichte deutschen Verfassungslebens Rechenschaft geben wollen, so verdient es keine Verfassungsurkunde besser, der Vergessenheit entrissen zu werden als die Heilbronner Reichsverfassung von 1525. Steht doch gerade sie uns heute in gewissem Sinne fast noch näher als die Frankfurter Verfassung von 1849; denn diese war überwiegend die Frucht politischer Bestrebungen, die bis zu einem bestimmten Grade eine bloße Angelegenheit der sogenannten intellektuellen Volksschichten waren, ohne allzulange bis zu den letzten Wurzeln des nationalen Lebens hinunter vorzudringen. Umgekehrt aber werden wir sehen, daß die Heilbronner Verfassung von 1525 — und darin gleicht sie der nicht allein politisch, sondern hervorragend auch wirtschaftlich bezweckten Weimarer Verfassung — ganz überwiegend bestimmt war, das deutsche Volk aus wirtschaftlicher Not zu befreien und dauernd gegen wirtschaftliche Gewalt zu sichern.

Das Jahr 1525 führt uns in den Ausgang jener großen sozialrevolutionären Bewegung hinein, die in der Geschichte Mittel- und Süddeutschlands unter dem Namen des Bauernkrieges bekannt ist. Die ältere Geschichtsschreibung erblickte die Ursprünge jener starken und tiefen Erregung des deutschen Volkes in einer vermeintlich verflauten Lage des Bauernstandes und in der gefühllos-willkür der damals herrschenden Gesellschaftsklassen. Indessen nicht ganz zu Recht. Die gesellschaftlichen Gegensätze waren, im Sinne jener Zeit, nicht tiefer als in den vorausgegangenen und den nachfolgenden Jahrhunderten. Was vielmehr der großen deutschen Bauernbewegung ihren entscheidenden Anstoß gab, das war das damalige Herankommen der modernen Staatswirtschaft. Der Staat begnügte sich seit damals nicht mehr damit, aus den Erträgen der mehr oder weniger roh besteuerten Privatwirtschaft zu leben, sondern er nahm die aktive Wirtschaft in die eigene Hand. Um mehr als um eine Agrarwirtschaft handelte es sich dabei freilich noch nicht. Aber eben darum prollte die neue Eigenwirtschaft des damaligen monarchischen Kleinstaates um so bestiger auf ihren einzigen Konkurrenten, die bäuerliche Privatwirtschaft.

Gerade unsere Zeit erlebt ungefähr wiederum das gleiche. Wieder stehen wir, seit Jahren schon, gegenüber einer Neuordnung der nationalen Großwirtschaft, die — aber jetzt mit allem Rüstzeug der modernen Kapitalgewalt bewehrt — darauf ausgeht, sich eine unberechtigte Vormachtstellung im Staate zu erwerben. Die Sünde der modernen Großwirtschaft ist mit eisernen Griffeln gefesselt. Es scheint das Verhängnis der Großwirtschaft aller Zeiten zu sein, daß ihre Wege nur selten und nur auf kurze Strecken zusammenfallen können mit den Wegen des Rechts und der guten Sitten. Heute wehrt sich der bedrohte Staat mit den Mitteln der Befehlsgebung. Im 16. Jahrhundert wehrte sich die bedrohte Privatwirtschaft mit kollektiver Gewalt. Das Schutzmittel kollektiven Abwehrrechts war noch nicht gefunden.

Deutschland gab damals nicht etwa das erste Beispiel solcher Kuffstände. Ähnliches war in der benachbarten Schweiz geschehen, noch früher in Spanien. Aber was Deutschland all dem gegenüber auszeichnet ist, daß bei uns über jenem Meer von Unrecht und Gewalt ein Stern des Rechts aufgehen konnte: die Heilbronner Reichsverfassung.

Über ihren Urheber hat man nur Vermutungen. Der Mann ist hinter seinem Werk zurückgetreten, was ihn nur ehren kann. Sein Werk aber redet noch heute lebendig zu uns. Wohl sind die Sorgen unserer Zeit im einzelnen nicht mehr ganz dieselben, wie sie es damals waren. Aber die Not unserer Zeit unterscheidet sich praktisch in nichts von derjenigen des 16. Jahrhunderts: es ist heute wie damals der Ruf nach dem Rechtsschutz des wirtschaftlich Erlegenden vor der rechtlosen Gewalt einer übermächtigen und notwendig antisozialen Wirtschafts-

minimum hinaus zutreten (Art. I). Bei den kommunalen Grundsteuern soll der Satz von 5 Proz., auch rückwirkend, angenommen werden (Art. III). Alle Binnenzölle und Begehrgaben sind aufzuheben (Art. VII, VIII).

B. Münz-, Maß- und Gewichtsordnung.

Alle Gold- und Silbermünzen sind auf einen einheitlichen Fuß zu bringen, „damit der gemeine Mann unbetrogen bleibe“. Vorhandene (Erz-) Bergbaurechte sind aufzuheben. Die Metallpreise sind vom Reich festzusetzen. Alle Münzen müssen den Reichsadler auf der einen Prägeseite aufweisen. Mehr als 21 Münzstätten sind nicht vorzusehen (Art. X). — Die Warentransporte der Kaufleute sollen gesichert werden (gegen Straßenraub); dafür sind einheitliche Verkaufspreise vorzuschreiben, „damit der gemeine Mann gefördert und gemehrt werde“ (Art. III). „Es soll der große Nachteil der Armen bei Kauf und Verkauf beachtet und deshalb im ganzen Reich einheitliches Gewicht und Längenmaß eingeführt werden.“ (Art. XI).

C. Mißbrauch wirtschaftlicher Uebermacht.

„Die Handelsgesellschaften der Fugger, Hoffstедer, Keller usw. sind aufzulösen, weil durch sie Arm und Reich nach ihrer Willkür bei allen Waren übervoortelt und überteuert werden“. Keine Einzelhandlung oder Handelsgesellschaft darf über 10 000 Gulden Betriebskapital haben. Ueber-schüsse sollen die Handeltreibenden zu jährlich 13 v. H. zinstragend bei der Ortsbehörde hinterlegen, die daraus an arme Gewerbetreibende Darlehen zu 5 v. H. und gegen Sicherung ausgeben soll. Bei entdeckter Verheimlichung von Ueberflüssen fällt die Hälfte des erlaubten Betriebskapitals und des Ueberflusses an die Reichskasse. Der Großhandel ist an Richtpreise zu binden, damit der Einzelhandel ohne Preissteigerung bestehen kann. Der Einzelhandel ist

nach Möglichkeit zu spezialisieren (Art. XII). Das ist in großen Zügen, der Inhalt der Heilbronner Reichsverfassung von 1525. Sie war, wie gesagt, die Privatarbeit eines Unbekannten, dem die Rat Deuschlands aus Herzgriff und der den kühnen Gedanken hatte, eine deutsche Nation auf Grund einer gemeinsamen Wirtschaftsordnung zu errichten und zu schaffen. Daß er dabei die Wirtschaftspyramide nicht, wie heute oft genug üblich, von der Spitze her zu bauen anfing, sondern von der Basis der breiten Volksschichten aus, die zu diesem Zwecke tragfähig gestaltet werden sollten, stellt seiner staatswirtschaftlichen Einsicht ein vorzügliches Zeugnis aus.

Kein Landesherr in Deutschland, kein Kaiser hat sich für die Heilbronner Reichsverfassung eingesetzt. Die Idee der nationalen Bewegung, aus welcher der Verfassungsentwurf erwachsen war, wurde mit bewaffneter Gewalt erdrückt. Und dann ist im Strom der Zeit die Heilbronner Reichsverfassung zugrunde gegangen.

Dr. E. Staedler.

Ein Ausspruch Fichtes

Der deutsche Philosoph J. G. Fichte hat im Frühjahr 1813 — er starb während der Freiheitskriege — eine nicht mehr von ihm veröffentlichte Schrift über das künftige freie Deutschland verfaßt. Es ist jenes „Vermächtnis“ Fichtes, das von keinem geringeren als von Ferdinand Lassalle der Vergessenheit entrissen wurde mit dem ihm glühenden Bekenntnis zu einem „Reich der Freiheit, gegründet auf Gleichheit aller dessen, was Menschensein trägt“. Diese Schrift Fichtes, würdig am Verfassungstag der Deutschen Republik gelesen zu werden, enthält auch eine weitere Stelle, die als prophetisch angesprochen werden kann. Fichte sieht nämlich in der Demokratie den gleichzeitigen Schutz der nationalen Existenz eines Staates, indem er ausführt:

„Nun gibt's etwas, worüber ganz gewiß Einverständnis herauszubringen ist: die bürgerliche Freiheit. Diese wollen alle; kein Volk von Sklaven ist möglich. Nicht mehr umzubilden daher wäre ein Volk, noch zum Anhang eines anderen zu machen, wenn es in einem regelmäßigen Fortschritt der freien Verfassung hineingekommen. Dazu also ist es fortzubilden, um seine nationale Existenz zu sichern. Dies ist ein Hauptgedanke!“

Welchem Deutschen fällt bei diesen Sätzen nicht das Gleichnis ein: Elßaß-Rheinland! — Die deutschen Elßässer waren, als sie im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts vom Franzosenkönig geraubt wurden, leibige Unterthanen eines schrankenlosen Fürstenabsolutismus. Sie ließen sich willig zu einem „Anhang“ des französischen Volkes „umbilden“, trotz ihrer deutschen Sprache, trotz ihrer alemannischen Abstammung. Die französische Revolution gab ihnen die bürgerliche Freiheit, und die Elßässer verharren seitdem mit Begeisterung bei Frankreich; das halbabsolutistische Hohenzollernum konnte sie 1870 wohl militärisch, aber in dem folgenden Halbjahrhundert nicht seelisch zurückerobern. Die Rheinlande dagegen sind mit der übrigen Deutschen Republik „in einem regelmäßigen Fortschritt der freien Verfassung“ hineingekommen, sie waren daher nicht mehr umzubilden und durch keine fremde Befehlsmacht „zum Anhang eines anderen Volkes“ zu machen. — Unsere Nationalisten könnten daraus lernen, wenn sie belehrbar wären.



camorra, der durch die West geht. Und was die Heilbronner Verfassung fordert, sind denn auch folgerichtig die beiden großen Gegenstände:

- I. Herstellung einer sozialen Rechtsordnung.
- II. Herstellung einer sozialen Wirtschaftsordnung.

Wie bei ihrem hohen geschichtlichen Alter unschwer zu verstehen, redet die Heilbronner Reichsverfassung eine Sprache, die nicht nur dem Ausdruck, sondern auch dem Inhalte nach heute erst ins Moderne übertragen sein will. Von einer wortgetreuen Wiedergabe des alten Textes mag daher an dieser Stelle abgesehen sein, so wünschenswert sie an sich wäre; denn selbst in geschichtswissenschaftlichen Spezialwerken über den deutschen Bauernkrieg wird der Urtext der Heilbronner Reichsverfassung schon seit Jahrzehnten nicht mehr mitgeteilt. Diese erleidet daher das Schicksal der meisten geschichtlich wertvollen Urkunden: überall genannt zu werden, aber nirgends auffindbar zu sein. Indessen sollte hier wenigstens, in systematischem Auszuge, der Inhalt jenes demütigen Verfassungsentwurfs. Soweit als tunlich, möge der Text unmittelbar für sich selber sprechen.

Zu I: Forderung nach einer sozialen Rechtsordnung.

„Dem Geringeren soll gegen den Fürsten und Herrn, dem Armen gegen den Reichen zu gleichem und schnellem Recht, bei Ausschluß aller Selbstjustiz, verholfen werden. Die Landesherren sollen ihre armen Untertanen unentgeltlich schützen und schirmen und jedermann sein richtiges Recht verschaffen, damit sich niemand über Rechtslosigkeit beklage (Artikel II). — Alles bisher angeordnete (römische) Rechtsrecht soll abge schafft und an seiner Stelle ein vollstündiges Recht errichtet werden, damit der Arme das Recht ebenso gut verstehen und handhaben kann, wie es bisher nur dem Reichen möglich war“ (nämlich: durch rechtsgelehrte, kostspielige Sachwalter) Art. VI. — Die Gelehrten des römischen Rechts sollen vom Richteramt ausgeschlossen sein (Art. IV), die Geistlichkeit auch aus der (weltlichen) Regierung (Art. V). In allen Prozessen vor dem Reichskammergericht, den Hof- und den Landgerichten sollen sich Kläger und Beklagter aus der Zahl der ständigen Richter ihren Prozessrichter wählen dürfen. Jedem Landgericht sollen vier Freigerichte unterstehen, zur Entscheidung in solchen Berufungssachen, die erster Instanz vor den Stadt- und den Dorfgerichten verhandelt worden sind. Berufungsmöglichkeit muß gewährt sein: vom Stadt- oder Dorfgericht an das Freigericht bei einem Streitwert von 10 Gulden (in Erbschaftssachen auch darunter), ans Landgericht bei 100 Gulden, weiter ans Hofgericht bei 1000 Gulden, begleichen ans Reichskammergericht bei 1000 Gulden (Art. VI). Die Gemeindeverwaltung soll neu geordnet werden, so daß „der Eigenmutz unterdrückt und dem Armen gleich dem Reichen geholfen werde“ (Art. III).

Zu II: Forderung nach einer sozialen Wirtschaftsordnung.

A. Steuerwesen.

„In Reichssteuern soll nur die zehnjährige Umlage für den Kaiser bestehen bleiben, alles andere aber abge schafft werden (Art. IX). Den weltlichen Landesherren soll kein Steueranspruch über den Bedarf eines standesmäßigen Lebensunterhalts (Art. II), den geistlichen ebenso nicht über das Existenz-

BLOCK'S

EIN EISENBAHNER-ROMAN VON R. DRESCHER

(20. Fortsetzung.)

„Ich bin Ihnen dafür sehr dankbar, Herr Direktor, aber Zweck wird es nicht haben.“ Gegen seinen Willen verzog wieder das hässliche Lächeln Kerns Lippen.

„Das wollen wir mal sehen!“ Berthold stampfte mit dem Fuß auf. „Ich werde persönlich mit dem Generaldirektor reden.“

Kern schüttelte den Kopf. „Es wird alles vergebliche Mühe sein, Herr Direktor. Ich sehe vollkommen klar. Am besten, ich scheide aus. Man fängt eben irgend etwas anderes an.“ Kern hörte seine eigene Stimme wie aus weiter Ferne und wunderte sich über seine Worte. Zugleich wurde ihm sonderbar leicht zumute. Er fühlte sich wie von einem Druck befreit und zu etwas Neuem froh entschlossen.

Berthold war erstaunt. „Über Mann, das sagen Sie so leicht hin, als wenn's das Einfachste von der Welt wäre! Was wollen Sie denn anfangen?“

„Man hat sich im Laufe der Jahre etwas erspart. Damit kann man schon was anfangen. Vielleicht ein Geschäft oder eine Gastwirtschaft oder ...“ Kern sah dem Direktor in die Augen und starrte.

Aus Bertholds Blick sprach Entsetzen. Und plötzlich durchfuhr es auch ihn, als habe man ihn beleidigt und mit Füßen getreten.

Die Starrheit in Bertholds Blick wich. Er schloß die Augen und öffnete sie langsam wieder, als ob er aus einem kurzen Schummer erwache. „Mein lieber Kern“, sagte er dann, jedes Wort dehnend, „eine Gastwirtschaft wollen Sie ... Aber Herr Kern!“

„Es muß ja nicht gerade eine Gastwirtschaft sein, man könnte vielleicht ein Geschäft aufmachen.“ Kern drehte die Dienstmütze um und um und konnte den Gedanken, der ihm soeben noch wie ein Hoffnungsstern aufgegangen war, nicht mehr zu Ende denken.

„Das ist nichts für Sie!“ Berthold sagte das sehr ruhig. „Da müssen Sie immer ein freundliches Gesicht machen. Und das können Sie nicht. Auch sonst ist das nichts für unsereins.“

Kern presste die Lippen zusammen. Seine Hände ballten sich. „Der Mensch kann vieles, wenn er muß, Herr Direktor. Wenn ich den Dienst bei der Bahn aufgeben muß, kann ich mich nicht einfach aufhängen.“

„Sie sind nun schon über zwanzig Jahre dabei, Herr Kern. Da ist es nicht leicht, umzufahren.“

„Bei der Bahn war es immer ...“ Kerns Lippen zitterten. Er ging brüsk ans Fenster und starrte auf die Bahngasse hinaus.

Berthold überlegte einen Augenblick. Dann nahm er den Hörer des Telefons. „Ich werde noch einen Versuch machen, Herr Kern — Den Herrn Generaldirektor, bitte, ich besitze am Apparat ... Hier Direktor Berthold. Verzeihen, Herr Generaldirektor, könnte ich heute noch vor sprechen? ... Das läßt sich nicht so durchs Telefon erledigen ... Sehr gültig, Herr Generalidi ... um einen Beamten ... die nötigen Akten? ... Um unseren neuen Betriebsleiter ... Sowohl, um Kern ... Verzeihen, Herr Generaldirektor, ich glaube, der Mann ... Nein? Ich glaube aber doch. Es ist einer unserer besten ... Verzeihung, ich wollte nicht ... das wollte ich mir nicht erlauben haben, Herr Generaldirektor. — Verzeihung. — Nein, durchaus nicht, ich glaube, nur ... Ja, gewiß, Herr Generaldirektor, kann wirklich versichern, daß es sich um einen unserer besten Beamten handelt ... Trotzdem nicht? Zwecklos? ... Disziplin? ... Blosstellung der bescheidenen Gesellschaft vor ihrem Personal? Ich glaube, Herr Generaldirektor, sehen die Sache zu schmarz ... Aber ich bitte schön, Herr Generaldirektor, ... es handelt sich doch um ein Menschenschicksal! ... Wie bitte? ... Herr Generaldirektor, wenn ich Ihnen versichere, daß gegen den Mann nicht das geringste einzumenden ist — ich möchte noch bemerken, daß man gewisse menschliche Verpflichtungen hat! ... Pardon, wollte mir durchaus keine Vorschriften erlauben.“

Berthold warf den Hörer in die Gabel und stieß einen Fluch aus. Dann suchte er die Akten.

Langsam drehte sich Kern vom Fenstertreuz ab. Er war leichenblau geworden. Einen Augenblick zauberte er, dann ging er rasch auf Berthold zu, drückte ihm die Hand und war aus dem Zimmer, ehe der Direktor etwas sagen konnte.

20. Ein Wiedersehen.

Am nächsten Tage fuhr Kern nach E. zurück. Sein Blick war stier auf die vorbeisauenden Telegraphendrähte gerichtet. Da fuhr er nun in der Eisenbahn, er, der frühere Bahnmeister, selbst ein Reisender. Es war ihm, als müsse ihm jedermann die Schande ansehen, daß er ein verabschiedeter Bahnbeamter sei. Deswegen haßte sein Blick so starr an den Drähten. Er glaubte keinem Menschen mehr ins Auge sehen zu können. An seine Frau dachte er, an seine Tochter. Er hatte große Sehnsucht nach ihnen. Und doch ergriß ihn eine furchtbare Angst, wenn er an das Wiedersehen dachte. Was war in den Stunden seit der letzten Unterredung mit Direktor Berthold aus ihm geworden? Er hatte mit sich gekämpft, hatte sich guten Mut zugesprochen. Aber die Tatsache, daß er ein nicht ganz freiwillig aus dem Dienst geschiedener Beamter sei, war stärker als er. Schloßlos hatte er gelegen in der Nacht. Die Sorge war an sein Lager getreten, ein Heer von Sorgen. Immer näher war es gerückt. Ein verzweifelter Gram. Es hatte ihn gepackt und gewürgt und dann — dieses Schluchzen war wie ein Schrei aus ihm herausgebrochen, und es hatte einen Augenblick gegeben, da er aufgesprungen war, um seinem Leben irgendwie ein Ende zu machen. Daß er es nicht getan, vielleicht war es das, was ihn so zerbrochen hatte.

Unter seinem Sieg rollten die Räder. Aber das war gut so. Denn dieses Geflimper demohnte die Gedanken. Ein Wiegensied war es, seit Jahrzehnten so wohl vertraut. Schlimm wurde es erst, als das Geräusch im Gequiech der anziehenden Bremsen langsam verklang und der Zug in die Halle der Heimstadt einfiel. Einen Augenblick noch blieb er mit geschlossenen Augen sitzen. Dann trieb es ihn hoch in der Furcht, einem Bekannten zu begegnen. Wie einer, der sein Antlitz zu verbergen hat, eilte er durch die Straßen.

Kurz vor seiner Wohnung blieb er stehen und holte tief Atem.

Jetzt kam das schwerste. Und plötzlich haßte er die Faust. War er kein Mann mehr? Er streckte und reckte sich und sicherten Schrittes, langsam ging er weiter.

Die Fliesen vor seinem Hause waren sauber vom Schnee gereinigt. Kern lächelte, als er das sah. Solche Arbeiten machte seine Frau selbst, das ließ sie sich nicht nehmen. Im Geiste sah er sie jetzt vor sich, mit Schaufel und Besen, in leicht gebückter Haltung. Ganz warm wurde ihm dabei. Gleich würde er vor ihr stehen.

Erregt trat er ins Haus, drückte die Klingel, hörte die Schritte seiner Frau und sah plötzlich die geöffnete Vorklapptür. Ein leichter Aufschrei. Kern schob sich hastig durch die Türöffnung und fühlte sich von zwei Armen umschlungen. Seine Frau war es, die ihn so fest an sich drückte. Sein Kopf war benommen, angenehm, wie im Halb-schlummer. Er konnte kein Wort reden. Minuten ja. Dann gab es ein Lachen, erst leise, dann immer stärker, dieses so vertraute Lachen seiner Frau, die sich vor Freude nicht fassen konnte.

Sie schwiegen lange Zeit. Dann drängte Frau Kern zur Küche. „Hast wohl Hunger, Hermann“, war das erste, was sie sagte, und sie sah ihn frohblinnd, verliebt fast wie ein Mädchen an.

„Koch 'ne Tasse Kaffee, Luise.“ Kern lächelte. Ein übergroßes Glücksgefühl brach in ihm auf, tiefer, als er es je empfunden. Er zog ihren Kopf zu sich herüber und küßte seine Frau.

Frau Kern erwiderte den Kuß, und es dauerte lange, bis sie sich entschließen konnte, am Kochherd zu wirtschaften.

„Wißt du die Hauschuhe anziehen, Hermann?“ fragte sie zwischendurch.

Nur das fragte seine Frau. Nicht aber, weswegen er so plötzlich ins Haus schneie. Kern sah verärgert zu ihr hinüber. Dantbares und Färlisches mischten sich in ihm. Er brumme etwas, zog polternd die Schuhe aus, blinzelte wieder ein wenig zu Luise hinüber, puhte die Nase, räusperte sich und: „Anna kann übrigens den Reisetorb von der Bahn holen. Bin mit dem ganzen Gepäc zurückgekommen“, sagte er, mehr nicht.

„Das kann sie gleich heute machen, wenn sie nach Hause kommt“, sagte Frau Kern. Und sie brachte ein paar dicke, selbstgestrickte Wollschuhe. „So, das ist doch viel bequemer“, und stand schon wieder am Küchensherd.

„Weißt du, Hermann, die Anna“, plauderte sie zwischendurch. „Du glaubst gar nicht, wie das Mädchen immer von dir gesprochen hat. Aber die wird sich freuen, wenn sie dich dasitzen sieht! Eigentlich sollte ich mich über sie ärgern. Ich bin direkt daß gewesen damals, als sie einfach mit dem Herold Schluß gemacht hat.“

„Hat sie Schluß gemacht?“ Kern hörte nur halb hin. Es war

beim Pithecanthropus von Java, wie bei dem neu entdeckten Be-finger-Schädel und beim Rhodesiamann. Prof. Hansen hat diesen menschlichen Ueberresten den Namen Homo gardarensis gegeben, so benannt nach der Kirche von Garda, dem eigentlichen Fundort.

In London liegen mehrere Schädel, die zu dem angeführten Falle vielleicht Klärung zu bringen vermögen. Es gibt an ihnen Wachstumsstörungen in der Richtung übernormalen Größenwachses, die auf besondere innere Drüsenauscheidungen zurückzuführen sind. Schädel von Menschen krankhaften Ueberwachses zeigen nach Keith außerordentlich viele Merkmale, wie wir sie vom Keandertaler und Rhodesiamenschen kennen. Der Homo gardarensis könnte die Auswirkung einer besonderen Wachstumsstörung gewesen sein; er trägt aber diese Merkmale in regelmäßigerer Form an sich als das in anderen Fällen vorkommt. Der Fund von Prof. Hansen dürfte also wohl eine besondere Etappe bestimmter Entwicklungsformen darstellen.

H. Taxichauffeuse gegen Taxameteresse

Mit einer interessanten Klage beschäftigte sich das Wiener Pressengericht. Die erste Taxichauffeuse in Wien, Felicia Fischer, brachte nach § 42 des Pressegesetzes den Antrag ein, den Fogtrott „Taxameteresse“ von Julius Branner, Rusit von Artur Warcell Werau, für beschlagnahm zu erklären und sämtliche noch vorhandenen Exemplare zu vernichten. Der Fogtrott enthalte eine schwere Beleidigung der Antragstellerin. Schon der Titel „Taxameteresse“, der wie „Taximätresse“ ausgesprochen werde, sei ver-lehnd. Außerdem sei auf dem Titelblatt des Fogtrotts eine Chauffeuse abgebildet, die mit der rechten Hand eine nicht mißzu-verstehende einladende Bewegung mache. Der Inhalt des Fogtrotts schließe sich an Gründen der Sittlichkeit überhaupt nicht wieder-zugeben. Der Sinn sei der, daß die Taxichauffeuse mit allen Jahrgüsten Verhältnisse unterhalte. Im Text heißt es zu Beginn: „Ich bin die erste Taximätresse, wer wünscht zu wissen meine Adresse?“ Nach längerer Verhandlung sah die Richter folgenden Entschluß: Der Fogtrott „Taxameteresse“ wird im Sinne der Klage für be-schlagnahm erklärt. Alle noch vorhandenen Exemplare sind zu vernichten. Die Kosten des Prozesses fallen dem Inhaber des Ber-lages zur Last. In der Begründung führte der Richter aus, daß der Inhalt des Fogtrotts zweifellos als obszön und für die Klägerin beleidigend angesehen werden müsse.

Ein Skelett voll Geld

Beim Abbruch eines alten Hauses in einem Dorfe in der Nähe von Bergamo fand man kürzlich ein eingemauertes menschliches Skelett, das mit antiken Gold- und Silbermünzen angefüllt war.

Der Papst regiert ...

Durch das jetzt in der Vatikanstadt eingeführte Tabakmonopol ist nicht nur eine starke Preiserhöhung verursacht worden, sondern, auch eine Rationalisierung der Mengen. Das Gesetz bestimmt genau, mer zum Bezuge von Tabakwaren berechtigt ist und wieviel an jeden abgegeben werden darf. Nur für den Papst selbst und für die Kardinäle gelten die Monopolbestimmungen nicht.

WAS DER TAG BRINGT

Vernichtete Millionen

Die Abnutzung der Dollarscheine in den Vereinigten Staaten ist so stark, daß jeden Tag Geldscheine aller Werte im Gesamtgewicht von 6 Tonnen vernichtet werden müssen. Welche ungeheure Summe das darstellt, kann man ermeßeln, wenn man einige Geldscheine aus-mißt und die daraus resultierende Summe auf das Gesamtgewicht so mancher würde glücklich sein, wenn er von diesen zum Vernichten bestimmten Geldscheinen einige „zum Andenken“ mitnehmen könnte.

Die Größe der Planeten

Die Erde hat einen Äquatorialdurchmesser von 12 753 Kilo-meter. In der Größe kommt ihr am nächsten die Venus mit einem Durchmesser von 12 608 Kilometer. Wesentlich kleiner ist der Mars mit 6752 Kilometer und der Merkur mit 4900 Kilometer Durchmesser. Die übrigen vier Planeten sind bei weitem größer als die Erde. Der Durchmesser des Neptun mißt 55 000 Kilometer, der des Uranus 60 000 Kilometer, der Saturn hat einen Durchmesser von 118 700 Kilometer und der Jupiter gar einen solchen von 145 172 Kilometer.

Atavismus im 11. Jahrhundert

In einer übersichtlichen Zusammenstellung neuer urzeitlicher Entdeckungen gibt der bekannte englische Anatom Keith Nach-richt von einer sensationellen Entdeckung, die Prof. Hansen aus Kopenhagen gelungen ist. Aus Grönland kamen menschliche Kno-chen, die durch Ausgrabungen von Bestattungen des 11. und 12. Jahrhunderts gefördert wurden. Die Fundstelle liegt im südwest-lichen Grönland. In einem Grabe lagen die Ueberreste eines Bi-schofs, dem ein Bischofsstab zur Seite gelegt war und ein goldener Ring. In benachbarten Gräbern fand man Skelette alter Bi-linger, die an der Bestätte Grönlands gesiedelt hatten und ins 11. Jahrhundert zurückreichten. Prof. Hansen entdeckte nun unter diesen Knochenresten einen menschlichen Unterkiefer und einen großen Teil eines menschlichen Schädels. Beide Ueberreste zeigten so außerordentlich primitive Merkmale, daß man auf den ersten Blick versucht war, Schädel und Unterkiefer einem noch tief unter dem Rhodesiamenschen stehenden Menschentypus zuzu-schreiben. Aber Schädel und Unterkiefer zeigten trotz ihres außer-ordentlich primitiven Entwicklungsstandes und ihrer ganzen Massig-keit keinerlei Merkmale von Fossilisierung. Sie waren vielmehr genau von derselben Beschaffenheit wie die Witingertknochen des 11. und 12. Jahrhunderts. Die frühen Bewohner der grönländischen Südküste müssen also in ihrer Körpergestalt und in ihrer Lebensweise noch stark an urgeschichtliche Zustände er-innert haben. Es kann sich höchstwahrscheinlich nur um atavistische Erscheinungsformen handeln, Körper und Ausdrucksformen, die viel-leicht mit zurückzuführen sind auf äußere Lebensumstände, auf Ein-flüsse der Umweltbedingungen, die eben nicht ohne Folgen an kör-perlichen Veränderungen geblieben sind. Ohne Zweifel bilden Schädel und Unterkiefer dieses Fundes eine wichtige und noch un-bekannt Art des Atavismus, des Wiederauflebens längst vergan-gener Formen. Der Unterkiefer ist, nach den neuesten Untersuchun-gen, noch viel massiver als bei irgendeiner bekannten und alten Urnenmenschenart. Der hintere Schädelteil ist scharz abgehogen wie

zu schön, zu Hause am warmen Herd zu sitzen und seine Frau wirt-schaften zu sehen.

„Ja, ich war sprachlos. — Uebrigens, nun ist schon wieder bald Weihnachten. Wie schön, daß du da zurückgekommen bist.“

„Ja.“

„Frei kommt auch auf acht Tage nach Hause. Da sind wir mal wieder alle beisammen. — So, komm. Trink und ih.“

Kern griff trübselig zu. Er hatte seit der Unglücksbootschaft nichts gegessen. Als er sich einige Zeit dem Genuß der häuslichen Mahlzeit hingeeben hatte, fühlte er sich wieder vollkommen sicher. Einmal muß es doch von der Leber runter, dachte er und fuhr mit dem Hand-rücken über den Mund.

„Na“, seine Stimme hatte ordentlich einen jovialen Klang, „nun ist's eben doch alle an der Bahn. Nun müssen wir uns nach etwas anderem umsehen.“

„Was du mit der dummen Bahn hast!“

Die Vorklapp-tür wurde geöffnet und Füße auf dem Abtreter abgestrichen.

„Da kommt Anna!“ Frau Kern sprang auf und öffnete die Küchentür.

Anna trat über die Schwelle. Ihr Gesicht blühte wie an einem heißen Sommertage. Die kühle Winterluft schien ihr gut bekommen zu sein. Mit offenem Munde, aus dem zwei Reihen gesunder Zähne blühten, stand sie einige Augenblicke sprachlos, dann fiel sie ihrem Vater mit einem Freudenruf um den Hals.

Als sie nach einiger Zeit ihren Vater freigab, rief sie unuer-mittelt zu ihrer Mutter hinüber: „Weißt du, Mutti, nun gehe ich Sonntag aber auch mal wieder zum Tanz! Wo nun Vater wieder da ist, ist wieder alles gut.“

„Ja, schon“, sagte Kern gedehnt, „aber ich muß jetzt was anderes anfangen. Wir machen ein Geschäft auf.“

„Warum denn das?“ Anna sah überrocht zu ihrem Vater hinüber.

(Fortsetzung folgt.)

Das neue Buch

Die Idee der Berufsbildung

Erna Barshaf: „Die Idee der Berufsbildung und ihre Ein-wirkung auf die Berufserziehung im Gewerbe.“ (174 Seiten. Preis: geb. 5,60 M., geb. 6,60 M. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.)

Erna Barshaf hat das Problem der Berufsbildung nicht von der Pädagogik aus untersucht, sondern von der sozialwissen-schaftlichen Seite aus. Sie zeigt, daß man das Problem ur-sprünglich zum Bereich der Gewerbepolitik rechnete, später jedoch zum Gebiet der Sozialschulung schlug, um endlich darin ein Teil-problem der Kulturpolitik — nämlich eine Bildungsfrage — zu er-blicken. Besonders wertvoll sind die Ausführungen im 11. Teil des Buches: „Zur gegenwärtigen Lage des Problems der Berufsbildung“ (S. 59 ff.). Sie fordert u. a. vermehrte Pädagogisierung der Arbeits-welt. Als Bildungsideal wünscht sie das Ethos der Kollektivverant-wortlichkeit. Dies soll auch die Richtungskonstante für die staats-bürgerliche Erziehung abgeben. Nach Erna Barshafs Ansicht ist es gegenwärtig nicht möglich, auf eine entscheidende Mitwirkung des Staates an der Berufsbildung zu verzichten.

Das Buch fördert durch seine Klarheit wie durch den anregenden Inhalt das Problem der Berufsausbildung ganz erheblich und ver-dient die weitestgehende Beachtung.

Dr. Seeling.

Sportliche Verfassungsfeiern

Volksrundflugtag und Modellwettbewerb des Sturmvogels

Die Verfassungsfeier, die der Flugverband „Sturm-vogel“ in Tempelhof veranstaltete, war ein ganz großer Erfolg. Zehntausende von Besuchern kamen, und es gab besten Sport zu sehen. Es war wirklich der erste Flugtag in diesem Jahre, an dem das Publikum ein abwechslungsreiches, in jeder Phase interessantes Programm geboten wurde.

Die Vormittagsveranstaltung begann bereits um 8 Uhr mit einem Ausschließungsfliegen für Modelle, dann folgten Rundflüge, für die auch die Luft-Hansa einige Maschinen zur Verfügung gestellt hatte. Um 14 Uhr startete der Dornier-Mercur des „Sturm-vogel“ mit einigen Pressevertretern an Bord zu einer Sprichtour über Berlin. Aus den grauen Straßen leuchtete es heraus in Schwarz-rot-gold. Überall sah man Truppen von Reichsbannertrameraden marschieren, viele Gartensofale und Parks waren um diese Zeit bereits von einer dichten Menge besetzt.

Nach dem Einmarsch der Ortsgruppe Kreuzberg des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold führten Gerd Uggelis und Ell Beinhorn Kunstflüge aus. Einer der interessantesten Programmpunkte war der Modellwettbewerb. Es gingen Segelflug- und Antriebsmodelle an den Start. Leider hatte dieser Teil der Veranstaltung sehr unter dem böigen Wind zu leiden. Von den Antriebsmodellen wurden einige sehr beachtliche Leistungen erzielt. Der erste Preis fiel an das Modell Nummer 133, das 431,5 Meter in 90,4 Sekunden zurücklegte. Modell Nummer 118 flog 431,5 Meter in 90,4 Sekunden zurücklegte. Modell Nummer 117 flog 345 Meter in 30,5 Sekunden.

Einen Preis für den besten Flug in gerader Richtung erhielt das Modell 107, das 72,5 Meter in 18,8 Sekunden zurücklegte. Die ersten drei Preissträger aus der Kategorie der Segelflugmodelle, deren Start mit Hilfe von Fesselballons erfolgte, erzielten Zeiten von 29, 28 und 20,5 Sekunden. Nach einem Fallschirmabgesprung von Lucie Byczkowska und Darbietungen des Friedrich-Hegar-Chors und des Neutöllner Sängerkhore hielt Staatssekretär Dr. Hans Staudinger eine temperamentovolle Festrede, die vom Publikum begeistert aufgenommen wurde. Großes Interesse erregte ferner der Start zweier Segelflugzeuge, die der „Lima“ und der Neutöllner Ortsgruppe des „Sturm-vogels“ gehörten. Anlässlich der Taufe eines neuen Segelflugzeuges der Bezirksgruppe Kreuzberg hielt Bürgermeister Dr. Herz die Welherede.

Gegen Abend führten die Kunstflieger Fieseler, Udet, Uggelis, Ell Beinhorn, Heidt, Weichel und Suchowski die hohe Schule des Fliegens vor. Das Publikum ließ sich selbst durch einen heftigen Regenschauer nicht vom Platte vertreiben, sondern wartete geduldig, bis Udet und Uggelis ihre Kunstflüge im Scheinwerferlicht abflogierten und bis die letzte Rakete das Ende eines Volksflugtages verkündete, auf dessen Verlauf der „Sturm-vogel“ stolz sein kann.

Die Reichsverfassungs-Zielfahrt

Großer Erfolg des Polizei-Motorrad-Klubs Berlin

Zum zweiten Male hatte der Polizei-Motorrad-Klub Berlin anlässlich des Verfassungstages eine Reichsverfassungszielfahrt ausgeschrieben. Die Beteiligung übertraf alle Erwartungen. Über tausend Fahrer mit Maschinen und Beiwagenmaschinen aller Kategorien trafen im Laufe des Sonnabends und Sonntags am Ziel auf der Spandauer Chaussee unweit Tiefwerder (Havel) ein. Schon am Sonnabend hatte die Zielkontrolle eine Kleinarbeit zu bewältigen. In fast unaussprechlicher Folge knatterten die Motorräder, von denen viele eine weiße Kette hatten, heran. Am Sonntagvormittag bot sich ein ähnliches Bild. Am frühen Nachmittag fand dann die Begrüßung der Teilnehmer und Gäste durch den Vorsitzenden des P.M.C. Berlin, Krenz, statt. Anschließend sprach ein Vertreter des Berliner Polizeipräsidenten, sowie ein Delegierter des Deutschen Motorradfahrer-Verbandes unter Hinweis auf Zweck und Ziel der Wettbewerbe dem veranstaltenden Klub Anerkennung und Dank aus.

An der Zielfahrt waren unter anderem die Schutzpolizei aus Danzig, Albst, Hamburg und Zwickau beteiligt. Für die Sieger war eine Reihe von Preisen und Ehrenpreisen ausgesetzt.

Resultate. Klubmitgliedsleistung (gewertet wurde Fahrer mal Kilometer). 1. Dresdener Motorradfahrer-Vereinigung, 15 Fahrer, 746 Kilometer; 2. Polizei-Motorradklub Berlin, 21 Fahrer, 714 Kilometer. Klubmitgliedsleistung in der

prozentualen Wertung entsprechend der Mitgliederzahl der Klubs. 1. Sportvereinigung Rauten, 100 Pros.; 2. Motorradklub Magdeburg, 99 Pros.; Motorradklub Rügen, 92 Pros.

Klubmitgliedsleistungen: 1. William Beder, 207 Kilometer. Start in Saragossa in Spanien. 2. Alfred Beder, 177 Kilometer. Start in Frankreich. 3. Will Borch, 1990 Kilometer. Start in Bordeaux. 4. Will Otto, 1498 Kilometer. Start in Rom. — **Damen:** 1. Ell Schöll, 755 Kilometer. Start in Baden. 2. Alice Bederer, 623 Kilometer. Start in Düsseldorf.

Verfassungsstaffel „Quer durch Berlin“

Am Sonntagvormittag wurde zum ersten Male auf der Spree unter schwarzrotgoldenen Flaggen eine Staffel ausgefahren, an der Ruder-, Kanu-, Paddelboote und Schwimmer beteiligt waren. Der Veranstalter war der Deutsche Wassersportverband, der mit dieser Staffel den Verfassungstag feierte. An der Stadtschleuse, an der Unterwasserstraße, war der Start, und das Ziel an der Köpenickbrücke. Gestartet wurden drei Staffeln, eine schwarze, eine rote und eine goldene. Die Riemer-Einer eröffneten den Reigen und wurden von den Crawlswimmern abgelöst. Dann folgten Doppelfaltboote, Crawlswimmer, Doppelkajak, Riemer-Dreier, Brustschwimmer, Doppelkajak mit Steuernmann, wieder Schwimmer und Paddelboote, und die Schlussmänner bildeten die Riemer-Dreier. — Die schwarze Staffel schickte als erste ihren Riemer-Dreier durchs Ziel und gewann mit 37,04 Minuten das Rennen. Auf Einladung der Veranstalter hatten die Ministerien, der Magistrat und die Polizei Vertreter entsandt, die mit einem Motorboot mit den Staffeln mitfuhren.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein 4000-Meter-Rennen der Achter. Von den sechs Booten übernahm der Ostachter bald nach dem Start die Führung und gab sie, obwohl er mehrfach hart bedrängt wurde, nicht wieder ab. Er gewann in der Zeit von 16,318 Minuten.

Arbeiter-sportler feiern die Verfassung

Das bundestreue Arbeitersportkartell Schöneberg-Friedenau beging am Sonntag die Verfassungsfeier mit einem Werbezug für den Arbeitersport. Um 4 Uhr nachmittags marschierte der Zug der Sportler mit der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend vom Dominicusplatz ab. Eine große Zuschauermenge sammelte sich um die Stadtparkwiese, wo um 5 Uhr die Sportvorführungen begannen. Massengymnastik, Stafettenläufe, Radreiten, ein Raddballspiel und Schausstellungen der Arbeiter-Athleten fanden den Beifall der sonnig gelächelten Spaziergänger. Die Arbeiterjugend sang Volkslieder und führte Volksstücke vor. Am Abend sprach Reichstagsabgeordneter Wandt-Schöneberg in der großen Schlusssitzung auf dem Rudolf-Wilde-Platz über die Bedeutung der freiheitlichen Verfassung für den Sport der arbeitenden Klasse. Er forderte alle Arbeitenden zum gemeinsamen Kampf um die Erhaltung der freiheitlichen Rechte durch den Wahlkampf in den Reihen der Sozialdemokratie auf.

Straßenlauf in Pankow

Der Straßenlauf „Quer durch Pankow“, den die F.I.S.B. Bezirk Pankow am Sonnabend, dem 9. August, ausgezeichnet organisierte, hatte für die F.I.S.B. gute Werbewirtung. Die Vereinsmannschaft der F.I.S.B. Pankow hatte bis kurz vor dem Ziel die Führung, sie mußte sich aber von der F.I.S.B. - Ost mit 3 Meter Vorsprung als geschlagen belassen. Den dritten Platz belegten die zwei Mannschaften der F.I.S.B.-Nordring. Auch der Werbespieltag brachte einen guten Verlauf. Im Hedenspiel standen sich zwei technisch gute Mannschaften gegenüber: F.I.S.B.-Pankow und F.T. Kottbus. Mit scharfem Tempo gingen die Kottbuser Gäste in Führung und sorgten so für ein äußerst schnelles, aber faires Spiel. Durch geschicktes Stellungsspiel gelang es Pankow, bald nach Beginn einen Treffer einzusenden. Nach dem zweiten Tor für die Pankower holten sich die Kottbuser das Ehrentor. Bei Halbzeit stand das Spiel 2:1 für F.I.S.B. Pankow. In der zweiten Spielhälfte erlanni der Spielrichter ein Tor der Kottbuser infolge Spielfehlens, der vorausgegangen war, nicht an. Die Kottbuser fühlten sich daraufhin bemüht, protestierend den Platz zu verlassen. Das war die einzige Situation des Werbespieltages, die nicht dazu angetan war, für den Arbeitersport werbend zu wirken. Es war eine Unhöflichkeit — der Gäste. Das Handballspiel F.T. Tangerhütte—F.I.S.B. Pankow endete 6:4 (näheres unter Handball). Die Fußballer von Pankow mußten ihre Gäste aus Freienwalde mit 9:2 nach Hause schicken.

ARBEITER FUSSBALL

Deutschland—England in München 6:5 (0:2)

Die englische Mannschaft traf am Donnerstag, von Nürnberg kommend, in München ein und wurde am Bahnhof von einer zahlreichen Menge freudig begrüßt. Eine Autofahrt durch das Bayerische Hochland zeigte am Freitag den Gästen die Schönheiten des Alpenvorlandes. Samstag war die Mannschaft von der Stadt München zu Gast geladen. Das war das erste Mal, daß Arbeitersportler offiziell von der Stadt München begrüßt wurden. Zum Spiel in der städtischen Kampfbahn hatten sich gut 10 000 Zuschauer eingefunden. Das Spiel war in seiner Abwicklung ein dramatisches Erlebnis. Man bedenke, England führte in der zweiten Halbzeit mit 5:1 und wurde dann durch einen glänzenden Endspurt der Deutschen 6:5 besiegt! 70 Minuten des Spieles waren die Engländer tonangebend, dann ließ die deutsche Mannschaft zu der von ihr erwarteten Form auf und riß dadurch die tausende Zuschauer zu gewaltigen Beifallsstürmen hin. Als Deutschland immer mehr aufholte, wurden die gute englische Verteidigung und Läuferreihe sichtlich nervös. Besonders gut war die rechte englische Sturmreihe.

In Stuttgart 4:4 (1:0)

Das letzte Länderspiel gegen England hat, wie alle zuvor ausgetragenen, sehr gut angeprochen und stand technisch auf hoher Stufe. In der ersten Halbzeit war die deutsche Mannschaft in Front. Die Engländer brauchten längere Zeit, ehe sie in Schwung kamen. Die zweite Halbzeit nahm einen überaus abwechslungsreichen und spannenden Verlauf. Angriffe beider Mannschaften lösten einander in schnellem Wechsel ab. Durch das uneigennützig Spiel des englischen Rechtsaußen gelang es seiner Mannschaft immer wieder, dem deutschen Torvorsprung aufzuholen, und 15 Minuten vor Schluß führte England 4:3. Dann gelang es dem deutschen Halbrechten, eine wunderbare Flanke des sehr guten Linksaußen zum Ausgleichstor zu verwandeln.

Tepper-Laski-Tag in Karlshorst

Bei annehmbarem Wetter, das nur durch ein heftiges Gewitter unterbrochen wurde, ging der dem achtzigjährigen Jubilar Kurt v. Tepper-Laski gewidmete Renntag in Karlshorst vor sich. Mittelpunkt des Geschehens auf dem grünen Rasen war das Tepper-Laski-Jagdrennen, ein über 4400 Meter der Hauptbahn führendes Herrenreiten, das den neu importierten Franzosen Prévoquant unter Leutnant v. Imhoff in Front sah. Der in Schweizer Besitz befindliche Wallach gestaltete sein Erstaustritten auf einer deutschen Bahn zu einem leichten Siege über Enzian. Der vielgewaltete Dorn II, der Prévoquant am ehesten hätte gefährlich werden können, war wieder einmal nicht bei Laune, sprang schlecht und fiel auf halbem Wege nach einem schweren Fehler ganz ab. In den übrigen Rennen gab es manche Überraschung, die größte im Geburtstags-Hürdenrennen, das die französisch gezogene Larcine unter Bismarck spielend gegen Römern und Ahmed gewann, nachdem ihre schärfsten Widersacher durch Zwischenfälle ausgeschieden waren.

Amicitia wiederholt dreifachen Sieg

Der Mannheimer Ruderverein Amicitia hat zum zweiten Male drei deutsche Rudermeisterschaften auf sein Konto gebracht. Wie im Vorjahre, so fielen den Süddeutschen auch diesmal die Titel in den beiden Viererrennen und im Achter zu. Ein Erfolg, der sobald feinesgleichen nicht finden wird. Ueberhaupt war die diesjährige deutsche Meisterschaftsregatta auf dem Langen See eine Neuaufgabe des Vorjahres, denn mit Ausnahme des Riemerzweiers, wo die Titelverteidiger Müller-Roschler nicht gemeldet hatten, endeten in allen Rennen die Meister des Vorjahres in Front, im Einer Gerhard Boehlen und im Doppelzweier v. Düsterloh-Buhh.

Arbeitersport im Rundfunk. Am Donnerstag, dem 14. August, nachmittags 6 Uhr, spricht vor dem Berliner Mikrophon der Geschäftsführer der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, Genosse F. Bildung, über das Thema: „Soziale Fragen im Arbeitersport“. Wir empfehlen allen Arbeitersportlern sowie Interessenten des Arbeitersports, sich um diese Zeit einzuschalten.



MAKEDON

Zigaretten schmecken ganz anders, weil sie grundverschieden sind von gewöhnlichen Zigaretten.

PERFEKT 5-8

SOZIAL 4-8

MAKEDON ZIGARETTENFABRIK G. M. B. H. MAINZ AM RHEIN KONZERNFREI

Generalvertretung: Carl Südel, Berlin NW 6, Luisenstraße 30, Tel. D 2, Weidendamm 3354

